40 Jahre „Münchener Konferenz“ Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 13. Oktober 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Faschistische Banditen zurückgeschlagen



In mehreren Städten der Bundesrepublik kam es am Wochenende zu Aktionen gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden. In Hamburg (unser Bild) ist in letzter Zeit vor allem die sogenannte Hansa-Bande mit gewalttätigen Provokationen hervorgetreten. Vor zwei Wochen erst schlugen diese Gangster mehrere Antifaschisten und Mitglieder einer Bürgerinitiative brutal zusammen und schossen einem Genossen eine Stahlkugel ins Gesicht.

Als sie am letzten Samstag wieder in ihrer schwarzen, der SS-Uniform nachempfundenen Kluft in der Innenstadt auftauchten, waren die Antifaschisten vorbereitet. Wie unser Bild zeigt, bekamen die Hansa-Banditen die Abreibung, die sie verdienen. (Weitere Berichte Seite 7.)

Gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror

Beteiligt euch an der Großdemonstration in Dortmund!

Am kommenden Samstag (14. Oktober) werden in Dortmund Zehntausende von Werktätigen, deutsche und ausländische Kollegen, Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose, Jungarbeiter und Lehrlinge, Schüler und Studenten gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror demonstrieren. Unübersehbar wachsen in der Arbeiterklasse und unter der Jugend Unruhe und Empörung über die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, über die skrupellose Vernichtung der Arbeitsplätze, über das schamlose Ausnutzen der Arbeitslosigkeit durch die Kapitalisten und die Verschärfung der Ausbeutung.

Und ein immer größerer Teil der Kollegen wird sich dessen bewußt, daß all diese Angriffe der Kapitalisten und der Regierung einzig und allein durch unseren eigenen entschlossenen Kampf, durch die selbständigen Aktionen der Arbeiterklasse gestoppt werden können. Der Druck der Basis zwang die DGB-Führung dazu, grünes Licht für die Großdemonstration in Dortmund zu geben. Ihre Sabotage an den Kämpfen der Arbeiterklasse würde allzu deutlich sichtbar, würden die Vetter und Co. sich gegen solche Aktionen stemmen.

Die KPD/ML unterstützt die Dortmunder Großdemonstration, weil sie zu einem machtvollen Zeugnis der Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse werden kann. Wir unterstützen die Aktivitäten der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die in den Betrieben für die Demonstration mobilisiert. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem Aufruf der RGO ab.

„Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ruft euch auf: Beteiligt euch an dieser Demonstration. Macht sie zu einem machtvollen Ausdruck eurer Entschlossenheit, die Massenarbeitslosigkeit, den Rationalisierungs- und Aussperrungsterror der Unternehmer nicht mehr länger hinzunehmen, sondern mit dem konsequenten und kompromißlosen Kampf der Arbeiterklasse zu beantworten. (...)

Was soll man tun? Betteln, hoffen? Abwarten, daß es besser wird und solange den Gürtel enger schnallen? Dem Gerede glauben, daß wir alle in einem Boot sitzen und die Karre gemeinsam aus dem Dreck ziehen müssen?

Oder: kämpfen, unsere Rechte konsequent verteidigen, unsere Forderungen auf den Tisch bringen und dem Terror der Unternehmer die Solidarität der Arbeiterklasse entgegenstellen?

Fortsetzung auf Seite 4

Hessen-Wahl

Alles beim Alten geblieben

Nur unwesentliche Änderungen gegenüber den letzten Landtagswahlen gab es am Sonntag in Hessen. Leichte Verluste bei CDU und FDP, leichte Gewinne bei der SPD. Damit verfügt die jetzige Koalition aus SPD und FDP auch im neuen Landtag über eine Mehrheit von zusammen 57 Mandaten, gegenüber 53 Mandaten der CDU. Die beiden „Grünen“ Gruppen werden im Landtag nicht vertreten sein. Sie konnten nur 1,1 bzw. 0,9 Prozent der Stimmen erreichen.

Vor der Wahl hatte es ein selten erlebtes Propagandafeuer der bürgerlichen Parteien gegeben. Die SPD/FDP-Koalition hatte allen Grund, um ihre bisherige Mehrheit zu fürchten. Hatte doch an der Spitze der SPD und im Amt des Ministerpräsidenten jahrelang der skandalumwitterte Spekulant Osswald gestanden. Sein Nachfolger Börner versäumte es dann auch nicht, sich als ehrlichen, gemütlichen Dicken zu präsentieren. (SPD-Wahlslogan: „Wissen Sie denn nicht, daß nur die Dicken vertrauenswürdig sind?“) Vor allem kehrte er bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Tatsache heraus, daß er in früheren Jahren auch einmal auf dem Bau gearbeitet hat.

Um auch das parlamentarische Überleben der FDP gegen die befürchtete Konkurrenz der „Grünen“ zu sichern, hatten sich die Herren von der SPD einen ganz besonderen Trick ausgedacht. Unmittelbar vor der Wahl gaben sie unter ihren Parteimitgliedern die Flüsterpropaganda aus, nicht die eigene Partei, sondern die FDP zu wählen. Offenbar hatte diese Stimmenschieberei Erfolg. Denn nach ersten Analysen des Ergebnisses ist jeder dritte FDP-Wähler ein ehemaliger SPD-Wähler.

Die Wahlbeteiligung lag mit 84,8 Prozent höher als bei der letzten Landtagswahl. Diese Tatsache, wie auch die relativen Erfolge der SPD, sind wohl unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß die CDU unter ihrem Chef Dregger einen offen reaktionären Wahlkampf führte. Das kam

Fortsetzung auf Seite 2

Demonstration

Dortmund, 10 Uhr, Parkplatz Metro, Brackelerstraße, Nähe Borsigplatz

Veranstaltung der Roten Garde

14. 10. 78 um 15 Uhr, Parkhaus Barop, Stockumerstr. 241 Dortmund Barop. Eintritt 50 Pfennig.

Kämpfe im Libanon Beirut in Flammen



Neue militärische Angriffe auf den Libanon hat der stellvertretende israelische Ministerpräsident Jadin in Tel Aviv angekündigt. Erst am vergangenen Donnerstag waren israelische Kriegsschiffe vor der libanesischen Hauptstadt Beirut aufgetaucht. Ein mörderisches Granaten- und Raketenfeuer ging auf die von Werktätigen bewohnten Stadtviertel nieder. Beirut stand in Flammen. Und das nur wenige Wochen nach der Konferenz von Camp David, die ja angeblich dem Nahen Osten den Frieden bringen soll.

Die israelischen Zionisten und im Hintergrund die amerikanische Supermacht sind es auch, die mit massiven Waffenlieferungen an die faschistischen Banden im Libanon die schweren Kämpfe der letzten Zeit angeheizt haben. Diese Banden geben vor, im Namen der libanesischen Christen zu morden. Bezeichnenderweise hat jedoch in der letzten Woche der bekannte christliche Politiker des Landes, der ehemalige Staatspräsident Franjieh, ein entschiedenes Vorgehen zur Zerschlagung der faschistischen Milizen gefordert.

Das hindert aber die westliche Reaktion, von Carter bis zu den Kardinälen des Vatikans, nicht, immer lauter nach einem Eingreifen zur „Rettung der bedrängten Christen“ im Libanon zu schreien. Die Regierungen in Washington, Paris und Bonn haben sich in der letzten Woche auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt. Ihre Bemühungen, eine internationale Libanon-Konferenz zustande zu bringen, dienen dem Zweck, dieses Land unter die vollständige Kontrolle der westlichen Imperialisten zu bringen. Unterdessen hat der Führer der faschistischen Milizen im Libanon, Chamoun, offen ein militärisches Eingreifen Frankreichs und der USA gefordert.

Fang Yi in Bonn

Das große Fernostgeschäft

Chinesischer Besuch in der Bundesrepublik. Für insgesamt elf Tage ist Fang Yi, Wissenschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, begleitet von 28 Wirtschaftsexperten, zu Gast bei der Bonner Prominenz und bei verschiedenen Wirtschaftsunternehmen. Wobei der Herr Minister aus dem Fernen Osten es sich nicht nehmen ließ, das Atomkraftwerk Esensham ausgerechnet an dem Tag zu besuchen, wo Tausende gegen seine Inbetriebnahme protestierten. Die westdeutsche Atomindustrie wird den chinesischen Geschäftsfreunden für diesen demonstrativen Akt zu danken wissen.

Hauptergebnis der deutsch-chinesischen Verhandlungen ist ein umfangreiches Kooperationsabkommen über technologische Zusammenarbeit, das von der Kohleverarbeitung über Rohstofforschung bis hin zu Luftfahrt- und Raumforschungsprojekten reicht. Welche Abmachungen im einzelnen getroffen wurden, ist nicht bekannt. Aber die Hartnäckigkeit, mit der westdeutsche Politiker und Unternehmer drei Jahre lang über diesen Kooperationsvertrag verhandelten, die Zufriedenheit, die sich jetzt nach dem erreichten Abschluß zeigt, machen deutlich, daß hier Geschäfte bisher unbekannten Ausmasses mit der VR China winken.

Forschungsminister Hauff, auf dessen Einladung Fang Yi nach Bonn gekommen war, betonte, daß es der Bundesrepublik um ein „partnerschaftliches Miteinander" mit China gehe, daß man China „bei der Lösung seiner Aufgaben helfen" wolle. Warum interessieren sich die westdeutschen Imperialisten für die ehrgeizigen Pläne der chinesischen Führung, möglichst schnell, mindestens aber bis zum Jahr 2000 ein starkes, modernes China aufzubauen? Weil sie den Vormarsch des Sozialismus beschleunigen wollen? Wohl kaum. Sie wollen heute China „helfen", so wie sie vor Jahr und Tag der Sowjetunion „helfen" wollten. Nicht umsonst kennt man die Namen der eifrigsten dieser „Helfer" bereits aus der Zeit des Einstiegs in das große Ostgeschäft. Es sind die Mannesmann, Krupp, Thyssen usw. und nicht zuletzt die großen westdeutschen Banken.

Was der Machtantritt der Hua-Guo-feng-Clique für die westdeutschen Wirtschaftsbosse bedeutet, zeigte sich am deutlichsten bei dem kürzlich abgeschlossenen Acht-Milliarden-Projekt zwischen der VR China und Mannesmann, Demag, Thyssen, Ruhrkohle AG, Otto-Wolf-Gruppe, Salzgitter, Orenstein & Koppel und Krupp sowie den drei größten deutschen Banken (Deutsche, Dresdner und Commerzbank). Dabei erhielten die deutschen Unternehmen den Auftrag, 5 große Zechen und 3 Braunkohlentagebaue zu errichten! Aber das war nicht einmal das Besondere an diesem Riesengeschäft. Das Besondere war, daß die VR China weder mit Waren noch mit Geld bezahlte, sondern das gesamte Geschäft auf Kreditbasis abschloß! Kein Wunder, daß die westdeutschen Wirtschaftsvertreter über dieses erste Milliardenkreditgeschäft in lauten Jubel ausbrachen, kein Wunder auch, daß sie der Wirtschaftspolitik der Hua-Guo-feng-Clique mit großer Sympathie gegenüberstehen.

Für die chinesischen Werktätigen allerdings wird diese revisionistische Wirtschaftspolitik verheerende Folgen haben. Bereits jetzt ist die Presse Chinas gezwungen, von steigenden Preisen und von Arbeitslosigkeit in China zu schreiben. Beides muß sich notwendigerweise in dem Maß verschärfen, wie die chinesische Führung auch den letzten Anschein einer unabhängigen, auf die eigene Kraft bauenden Wirtschaftspolitik fallen läßt, wie imperialistische Konzerne in China Einzug halten, wie China sich an die imperialistischen Konzerne verschuldet, sich immer fester an sie bindet und immer unverhohlener die Profiterzielung zur Maxime der Wirtschaftspolitik erklärt. Aber auf der anderen Seite hat die Maßlosigkeit, mit der sich die chinesischen Revisionisten den Imperialisten an den Hals werfen, sicherlich auch ihr Gutes. Denn sie wird den fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt sehr schnell die Augen darüber öffnen, mit wem sie es in Peking zu tun haben. Nicht mit Kommunisten, sondern mit Verrätern am Kommunismus.

Verfassungsfeinde im Bundestag?

Wie der „Spiegel" in der letzten Woche enthüllte und das Bundesinnenministerium bestätigte, fertigt der Verfassungsschutz seit seinem Bestehen nicht nur Akten über Kommunisten, streikende Arbeiter, demonstrierende Atomkraftwerksgegner und andere „Staatsfeinde" an, sondern auch über die Abgeordneten des Bundestages. Dem Vernehmen nach waren die Herren deshalb in heller Aufregung.

Denn das hätten sie sich wohl nicht träumen lassen, die Herren Müller und Schmidt oder wie die Abgeordneten auf den hinteren Rängen des Bundestags alle heißen mögen, als man ihnen vor Jahr und Tag aus berufenem Munde auseinandersetzte, daß eine moderne freiheitliche demokratische Ordnung, wie es die Bundesrepublik bekanntlich ist, nicht nackt und bloß den vielfältigen Gefahren des Klassenkampfes ausgesetzt werden kann, als sie darum in staatserhaltender Weise ihre gepflegten Hände hoben, damit fortan die Bundesrepublik nicht nur eine Verfassung habe, sondern auch einen Verfassungsschutz, als sie mit Befriedigung verfolgten, wie das Heer der auffällig unauffälligen Männer in emsiger Tätigkeit Daten über Hunderte, Tausende, ja Millionen Personen zusammentrug.

Nein, daß die auffällig unauffälligen Herren vom Bundesamt für Verfassungsschutz sich auch an ihre eigenen Fersen heften, das haben sie sicher nicht gewollt, die „Volksvertreter" im Bundestag. Aber so ist das eben in einer freiheitlichen demokratischen Ordnung. Da werden die „Volksvertreter" kontrolliert. Nicht vom Volk, Gott bewahre, so etwas gibt es nur in sozialistischen Diktaturen wie der Volksrepublik Albanien. Sondern vom Verfassungsschutz. Wie man es von einem Polizeistaat erwarten würden . . .

Geschäft mit der Schulmilch

„Aktion billige Schulmilch" — so wurde es von der EG angekündigt. Als aber jetzt am 1. September unter anderem in Hessen diese Aktion anlief, waren die Schulkinder und ihre Eltern doch sehr verdutzt. Denn das Ergebnis der „Aktion billige Schulmilch": Die Milch wurde um ganze vier (!) Pfennige billiger! Statt vorher 34 Pfennig pro Viertelliter, kostete sie jetzt 30 Pfennig. Und das, obwohl jeder Viertelliter Milch mit 25 Pfennig aus unseren Steuergeldern subventioniert wird!

Wo das Geld bleibt? Bei den Molkereien! Sie kassieren jetzt pro Liter Milch 1,20 DM von den Schülern und 60 Pfennig Subventionen vom Staat. Bevor die „Aktion billige Schulmilch" anlief, bekamen sie für den Liter Milch 1,36 DM. Macht einen Unterschied von 44 Pfennig pro Liter! Für die Molkereien also ein Riesengeschäft. Für die Schulkinder dagegen ein Riesenreinfall. Und alles auf unsere, der Steuerzahler, Kosten!

Alles beim Alten geblieben

Fortsetzung von Seite 1

in den letzten Tagen noch einmal in der maßlosen Berufsverbotshetze der CDU zum Ausdruck. Das hat offenbar auch unter solchen Werktätigen, die vor vier Jahren das Wahltheater nicht mitgemacht haben, den Eindruck erweckt, sie müßten der SPD ihre Stimme geben, um „Dregger zu stoppen".

Aber die SPD ist keine wirkliche Alternative zur offen reaktionär auftretenden CDU. Und die Lage der hessischen Werktätigen wird sich auch unter dem „neuen" Ministerpräsidenten Börner nicht verbessern. Börner selbst hat das am Wahlabend auch klargestellt, als er erklärte, er werde seine „bewährte" Politik fortsetzen. An erster Stelle nannte er die „Garantie der Vollbeschäftigung", so als ob es keine Arbeitslosen in Hessen gäbe. Aber schließlich hat sein Wirtschaftsminister Karry nach diesem „bewährten" Rezept schon vor der Wahl eine angebliche „Vollbeschäftigung im männlichen Sektor" erfunden. Wahrhaftig eine ganz neue Methode bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: man erklärt den Arbeitslosen einfach, sie wären gar nicht da, und wenn man ihnen eine Existenz zubilligt, dann sind sie eben arbeitsscheue Elemente.

Im „bewährten" Gleis will Börner auch bei der Umweltpolitik fortfahren. So, als ob nicht vor den Toren Frankfurts das größte Atomkraftwerk der Welt errichtet wird. Als ob nicht die SPD-Regierung aus Hessen eine riesige Giftmüllkippe gemacht hätte, wo selbst die US-Konzerne noch ihre giftigsten Abfälle abladen.

Die Dreistigkeit, mit der Börner am Sonntag die Wahl zu einer Zustimmung für seine menschenfeindliche Politik umfälschte, zeigt, daß die hessischen Werktätigen auch von der neuen Regierung nichts zu erwarten haben. Ihre Lebenbedingungen können sie nicht mit, sondern nur im Kampf gegen diese Regierung und ihre kapitalistischen Auftraggeber verbessern



Unsere Partei, die zum Wahlboykott aufgerufen hatte, führte während des Wahlkampfs eine Reihe von Aktionen gegen reaktionäre Kräfte durch und verteilte eine Broschüre, in der die wirkliche Lage der hessischen Werktätigen dargestellt und zum Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates aufgerufen wurde. (Der RM berichtete darüber). Großen Erfolg hatte auch die „Rote Kolonne" mit ihren Auftritten, die den bürgerlichen Wahlzirkus entlarvten. (Siehe auch Seite 6).

Kurz berichtet

Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen fand Ende September eine gut besuchte Versammlung der kürzlich gegründeten „Aktion für ein menschenwürdiges Gesundheitswesen" statt. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Mißstände in den Gelsenkirchener Krankenhäusern und bei der ambulanten Behandlung anzuprangern und etwas dagegen zu tun und gegen die geplante Schließung eines weiteren Gelsenkirchener Krankenhauses sowie anstehende Bettenstreichungen zu kämpfen. Wie notwendig die Gründung einer solchen Initiative ist, zeigte sich nicht nur daran, daß rund 60 Menschen aller Altersgruppen gekommen waren, sondern an dem lebhaften Interesse, mit dem der Vortrag des Arztes Dr. Gedeon verfolgt und immer wieder mit persönlichen Erfahrungen der Anwesenden ergänzt wurde.

Dokumentation zum Kieler Antifaschistenprozeß

In Kiel standen bis vor kurzem vier Antifaschisten vor Gericht. Ihnen wurde vorgeworfen, eine Provokation der NPD-Faschisten militant unterbunden zu haben. Sie wurden zu insgesamt 18 Monaten Gefängnis verurteilt — ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung.



Die KPD/ML hat nun eine Dokumentation zu diesem Prozeß herausgegeben. „Diese Broschüre" — heißt es in einer Vorbemerkung — „berichtet vom Kampf der Kieler Antifaschisten, vom Kampf der Partei und anderer gegen den Prozeß und das Terrorurteil. Sie soll die Nachrichtensperre der bürgerlichen Presse durchbrechen helfen. Sie soll Solidarität mit den verurteilten Antifaschisten wecken. Und sie soll ein Aufruf sein an jeden Leser, nicht tatenlos zuzusehen, wie hier in der Deutschen Bundesrepublik der Staat Kurs auf ein neues '33 nimmt."

Die Broschüre enthält Auszüge aus einer Rede der Angeklagten, Angaben über die Nazivergangenheit von Verantwortlichen in Politik und Justiz in Schleswig-Holstein, Angaben über die neonazistischen Zeugen der Anklage, eine Beschreibung des Prozeßverlaufs, die Urteile in erster und zweiter Instanz und andere Materialien. Die Broschüre kostet zwei Mark.

Berichtigung

Genossen aus Weinheim wiesen uns darauf hin, daß sich an den Demonstrationen gegen den NPD-Parteitag in Mannheim (wir berichteten darüber im RM Nr. 38) nicht nur die Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus sondern auch die Aktionseinheit gegen Reaktion und Faschismus aus Weinheim beteiligt hatte. Die Initiative ist Mitglied in der Aktionseinheit. Der Sprecher, von dem im RM auf Seite 12 die Rede ist, wurde nicht Mitglied in der Initiative sondern in der Aktionseinheit.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt . . .

Warum so bescheiden, Herr Loderer?

Bekanntlich klagen die Gewerkschaftsführer gerade im Herbst, vor Beginn der Tarifrunden, immer darüber, daß sie so viel angegriffen werden und niemand ihre Verdienste zu würdigen weiß. Um so unverständlicher, daß Herr Loderer jetzt, wo ihn einmal jemand in den höchsten Tönen lobt, offenbar auch nicht zufrieden ist. Oder sollte es an seiner Bescheidenheit liegen, daß er über das kürzlich ausgesprochene Lob zumindest in der Öffentlichkeit und gegenüber den Mitgliedern der IG Metall kein Wort verliert?

Und dabei war es sogar ein leibhaftiger Premierminister, der die Verdienste der IGM-Führung würdigte. Der britische Premier Callaghan auf dem Labour-Parteitag nämlich. An die 57.000 Arbeiter von 23 Ford-Werken gerichtet, die gegen die Lohnleitlinie der Regierung streiken, die im kommenden Jahr Lohnerhöhungen über 5 Prozent verbietet, erklärte Callaghan: „In der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete die Metallarbeitergewerkschaft im vergangenen April einen Tarifvertrag für sämtliche Metallarbeiter — einschließlich aller Arbeiter in den deutschen Fabriken des Fordunternehmens — über eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Nun, ich ziehe keine Vergleiche. Ich lasse andere die Vergleiche ziehen..."

Wobei noch hinzuzufügen wäre, daß dem Premierminister entgangen ist, daß die gleiche IGM-Führung im Frühjahr noch einen anderen Tarifvertrag abschloß, nämlich für die Stahlarbeiter über 4 Prozent! Oder sollte der Premierminister davon absichtlich nicht gesprochen haben? Vielleicht, weil er befürchten mußte, die britischen Arbeiter würden ihm antworten: „Du willst uns wohl für dumm verkaufen. Tarifvertrag über 4 Prozent! Eine Unternehmerprovokation ist das!"

Wie dem auch sei. Wir, und mit uns sicherlich alle Metall- und Stahlarbeiter, die sich im letzten Jahr über den Verrat der IGM-Bonzen empört haben, wünschen jedenfalls den britischen Fordkollegen bei ihrem Kampf viel Erfolg.

Berufsschulstreik in Hamburg

1.000 Schüler hatten sich eingereiht...

Als die Hamburger Berufsschüler nach den Sommerferien zum Unterricht erschienen, wurden sie völlig überraschend mit einer einschneidenden Neuerung konfrontiert: die Hamburger Schulbehörde hat einheitlich für alle Gewerbeschulen eine Änderung der Stundentafel beschlossen. Vier Unterrichtsstunden sollen von nun an in „Wahlpflichtkursen" erteilt werden. Aufgeteilt sind die Kurse in „Stützkurse für schwache und durchschnittliche Schüler" und „Förderkurse für überdurchschnittliche Schüler".

Die Schulbehörde preist das Kurssystem in den höchsten Tönen. Endlich könne man auf die individuellen Interessen der Auszubildenden stärker eingehen und damit die Berufsausbildung entscheidend verbessern.

Die betroffenen Gewerbeschüler sehen das allerdings völlig anders:

- Der Stoff, der bisher in 35 Wochenstunden vermittelt wurde, muß jetzt in 31 Stunden eingepaukt werden.
- Das Kurssystem ist der erste Schritt zur Auflösung der Klassenverbände. Die Folgen sind von den Gesamtschulen und den Oberstufen der Gymnasien her bekannt: jeder hetzt nach den nötigen Punkten. Einheitliches solidarisches Handeln, das natürlich leichter in festgefügten Klassenverbänden erreicht wird, soll unmöglich gemacht werden.
- Der Kern des Kurssystems liegt aber doch woanders: Es soll die Angleichung des Berufsschulunterrichts an die Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge erreichen! Die sogenannten „Schwachen" werden nicht gefördert, sondern frühzeitig ausgesiebt. Wer in der Schule nur in „Stützkursen" gelandet ist, wird von den Kapitalisten natürlich nicht in die zweite Ausbildungsstufe übernommen!

Das Kurssystem stellt eine weitere Verschlechterung der Berufsausbildung dar! Zuerst erkannten das die Kollegen der Gewerbeschule G10/G16. In ihrem Bereich, der Elektrobranche, gibt es schon seit Jahren die Stufenausbildung. In kurzer Folge wurden Schülerratssitzungen einberufen. Auf den zwei Vollversammlungen, die folgten, waren über 800 Schüler anwesend. Die Stimmung war ausgezeichnet. **Fast einstimmig beschlossen die Kollegen: Gegen die Einführung des Kurssystems muß gestreikt werden! Am Mittwoch, den 20. September als dieser Beschluß gefaßt wurde, bildeten die Kollegen sofort einen Demonstrationszug. Ihr Ziel: Die Schulbehörde in der Hamburger Straße. Als der Zug abmarschierte, zeigte sich, mit welcher Geschlossenheit sie den Kampf aufgenommen hatten: alle 1.000 Schüler hatten sich eingereiht, die Schule war völlig leergefegt!**

Vor der Behörde angelangt, zeigte sich, daß den hohen Herren wohl kräftig die Hosen flattern mußten. Keiner wagte es, vor den Schülern zu erscheinen. Der Oberschulrat später: „Mit einer aufgeputschten Menge kann man doch nicht diskutieren!"

Die Schüler beschlossen daraufhin, die Hamburger Straße zu besetzen. Der gesamte Verkehr in der Innenstadt kam zum Erliegen. Tausende von Menschen wurden Zeugen dieser Aktion, denn die Behörde ist im elften Stock eines riesigen Einkaufszentrums untergebracht. Die aufmarschierte Polizei traute sich nicht, die Straße zu räumen! Nach einer Viertelstunde zogen die Schüler geschlossen ab.

Am Donnerstag und am Freitag, bis zum Ende des Blockunterrichts, wurde gestreikt! Am Freitag zog eine Delegation von 250 Schülern zu anderen Berufsschulen. 450 Kollegen der G9 (KFZ-Mechaniker) schlossen sich spontan dem Streik an. Bei den Tischlern, Zahntechnikern, Druckern, Chemielaboranten, Gärtnern und KFZ-Mechanikern wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet. Höhepunkt am Freitag: Die Delegation von 250 Kollegen der G10/G16 nahm in der G5 (Drucker und Zahntechniker) geschlossen an der gerade stattfindenden Vollversammlung teil.

Am Donnerstag, den 28. September fand die erste Hamburger Berufsschülerkonferenz statt. Über 60 Delegierte der verschiedenen Gewerbeschulen trafen sich, um ihre Erfahrungen auszutauschen und den Kampf gegen das Kurssystem zu koordinieren. Diese Konferenz ist jetzt zu einer ständigen Einrichtung geworden.

Ungefähr 1.000 Berufsschüler auf dem Marsch zur Schulbehörde. Sie demonstrieren gegen die Einführung des neuen Kurssystems.

Die Schulbehörde gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß mit dem Ende der ersten Blockphase nach den Ferien auch der Kampf der Kollegen einschlafen würde. Doch diese Hoffnung trog! In der Woche vom 2. bis zum 7. Oktober wurden an den wichtigsten Schulen wieder Vollversammlungen durchgeführt. Behörde und Schulleiter sahen sich in die Ecke gedrängt. Die Behörde schickte ihre besten Leute auf Tournee durch die einzelnen Schulen, um den Kollegen das Kurssystem schmackhaft zu machen. Diese Rundreise wurde für die Herren Schulräte allerdings zum totalen Desaster. Bezeichnend dafür war sicher die VV an der Gewerbeschule 5. Der Schulleiter, ein Mann, der viel Wert auf seine Liberalität legt („Ich stehe immer auf eurer Seite..."), wurde vollständig als Lügner entlarvt. Ein Lehrer hatte den Mut, ihm aus einem Konferenzprotokoll Äußerungen vorzulesen, die er angeblich nie getan haben wollte. Die Schüler nutzten die Situation sofort für sich aus. Sie erreichten eine weitere Verlängerung der VV sowie eine weitere Versammlung am nächsten Tag. Ein Videofilm über die Kämpfe an der G10/G16 wurde in vielen Klassen gezeigt und diskutiert.

Eine weitere Vollversammlung wurde von den Schülern gefordert, um konkrete Kampfmaßnahmen beschließen zu können. Mit 60 Mann rückten sie dem Schulleiter auf die Bude. Wie sehr die Behörde in Bedrängnis geraten ist, wie groß die Angst der Schulleitungen vor dem geschlossenen Kampf der Kollegen ist, wird wohl am deutlichsten, wenn wir den Schulleiter der G5, Wolters, mal selbst zu Wort kommen lassen: Auf einer Lehrerkonferenz, die von ihm kurzfristig einberufen wurde, wollte er die Lehrer auf einen harten Kurs hin ausrichten.

Eingehend auf die Vollversammlung am 4. 10. erklärte er, daß ihm heiß und kalt geworden sei, weil die Lehrer an Stellen geklatscht hätten, die er für falsch halte. Kein Lehrer sei aufgestanden, um ihn zu unterstützen!

„Ich bin bereit zu kämpfen. Hinter mir ist nur noch die Wand! Wir brauchen eine kämpferische Solidarität, die uns die Liberalität sichern soll. Sie haben immer Aufsicht. Wenn Kollegen von Schülern bedrängt werden, haben sie sich dazuzustellen und die Kollegen zu unterstützen! Eintragungen müssen korrekt gemacht werden: Firmen benachrichtigen bei Teilnahme an wilden Versammlungen, Demonstrationen und Streiks. In den Flugblättern, die hier verteilt werden, wird immer von Kampf gesprochen. Gut, wir kämpfen auch!!"

Was macht deutlicher als diese Zitate, daß die Behörden im Auftrag der Großunternehmer notfalls mit Gewalt vorgehen werden, um das Kurssystem gegen die Interessen der Schüler durchzuboxen.

Bisher bissen sie allerdings auf Granit! Die geschlossenen Aktionen der Schüler haben sie das Fürchten gelehrt. Die Hamburger Berufsschüler sind bereit, den Angriff auf ihre Ausbildung vollständig zurückzuschlagen. Gelingt es, den Kampf weiter zu verbreitern, dann stehen die Chancen dafür nicht schlecht!

Gespräch mit einer Schülerin des Berufsvorbereitungsjahres

Arbeitslosigkeit reduziert?

Das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen weist in seiner „Presseinformation" für den September 23.810 Jugendliche unter 20 Jahren als arbeitslos gemeldet aus. Damit sei die „registrierte Arbeitslosigkeit" Jugendlicher gegenüber dem August um 1.659, gegenüber dem Vorjahr sogar um 4.127 zurückgegangen. — Kündigt sich damit eine „Tendenzwende" an?

Der Eindruck, den das Landesarbeitsamt zu erwecken versucht, stimmt nicht. Erstens gibt es — wie nicht zuletzt in einer DGB-Studie nachgewiesen worden ist — bei der Jugendarbeitslosigkeit eine Dunkelziffer von mindestens 100 Prozent. Zweitens haben nicht alle aus der Statistik verschwundenen Arbeitslosen automatisch eine Stelle. Die „Presseinformation" des Landesarbeitsamtes deutet dies auch dezent an: „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der nordrhein-westfälischen Arbeitsverwaltung haben gerade im September dazu geführt, daß Arbeitslosen verstärkt Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungs- und Trainingsmaßnahmen angeboten werden konnten. Damit reduziert sich zum Monatsende der Gesamtbestand der registrierten Arbeitslosen um eben jene Arbeitslosen, die auf solche Angebote zurückgegriffen haben."

Diese „Angebote" hat die 16jährige Gerda (Name von der Redaktion geändert) aus Herne-Wanne am eigenen Leib kennengelernt. Sie ist nämlich Schülerin des Berufsvorbereitungsjahrs. In einem Gespräch schilderte sie dem „Roten Morgen" ihre Erfahrungen:

RM: Gerda, du bist in diesem Jahr aus der Schule entlassen worden; eine Lehr- oder Arbeitsstelle hast du nicht gefunden. Was machst du nun?

Gerda: Ich bin jetzt im sogenannten Berufsvorbereitungsjahr — BVJ. Da müssen praktisch alle Jugendlichen hin, die nach dem Schulabschluß keine Lehrstelle bekommen haben. — Meine Cousine zum Beispiel hatte nach der Schule eine Arbeitsstelle im Krankenhaus gekriegt. Es war aber eine Aushilfsstelle. Sie kriegte nach drei Monaten Bescheid, daß sie ins BVJ muß, weil sie keine Lehrstelle habe. Jetzt ist sie bei mir auf der Schule.

RM: Was macht ihr im BVJ?

Gerda: Wir machen praktisch das gleiche wie auf der Hauptschule auch: Englisch, Deutsch, Mathe usw. Der Unterricht geht von morgens halb acht bis nachmittags um halb drei. Morgens muß ich schon um halb sieben losgehen. — 16 Monate insgesamt dauert das BVJ; das heißt, wenn ich eine Lehrstelle bekomme, kann ich schon nach zwölf Monaten raus. Aber ich bekomme keine Stelle, weder nach 12 noch nach 16 Monaten. Nach dem BVJ liege ich wieder auf der Straße, das ist die Perspektive. Das Ganze ist praktisch umsonst.

RM: Das Ganze hat nur den Sinn, die Arbeitslosenstatistik zu frisieren. Wie lange bist du schon im BVJ?

Gerda: Seit dem 21. August. Im Juni bin ich aus der Hauptschule entlassen worden. Ich habe nur sieben Schuljahre — keinen Abschluß.

RM: Wie groß waren deine Chancen, eine Stelle zu finden?

Gerda: Es gab praktisch keine Chancen. Von unserer Klasse haben — soweit ich das weiß — nur drei oder vier Jugendliche eine Lehrstelle gekriegt. Und auch diese Jugendlichen haben die Stelle nur durch Beziehungen bekommen: die Väter waren in dem Betrieb, wo sie angefangen haben. — Aus einem bestimmten Grund habe ich mich auch nicht intensiv um eine Stelle bemüht: mir war nämlich gesagt worden, ich könne im BVJ den Hauptschulabschluß nachholen. Der Lehrer in der Hauptschule sagte das, und in der Berufsschule sagten sie mir dasselbe. Da kam ich also strahlend nach Hause und erzählte, ich könnte den Abschluß nachmachen. Ein paar Tage später, als ich schon im BVJ saß, erfuhr ich aber, daß es nicht ging.

RM: Da bist du also praktisch übers Ohr gehauen worden.

Gerda: Man hat mir noch gesagt, ich könnte ja auf die Abendschule gehen und dort den Hauptschulabschluß nachmachen. Zusätzlich zum BVJ. Wie soll das denn klappen? Um viertel nach vier nachmittags komme ich vom BVJ-Unterricht nach Hause. Zu Hause muß ich im Haushalt helfen und noch Hausaufgaben machen. Um acht Uhr würde dann die Abendschule anfangen; der Unterricht würde bis zehn Uhr dauern; das ganze zweimal in der Woche. Ich müßte praktisch doppelt Hausaufgaben machen — für den BVJ-Unterricht und für die Abendschule. Außerdem müßte ich die Abendschule selbst bezahlen.

RM: Bekommst du, während du das BVJ besuchst, eine Unterstützung?

Gerda: Nein. Ich liege praktisch meiner Mutter auf der Tasche. Ich muß sogar das Geld für den Bus selbst bezahlen. Zuerst wurde uns eine Freikarte für den Bus zugesagt. Wir haben Formulare ausgefüllt und weggeschickt. Seither hat sich nichts mehr getan. 2,70 DM pro Tag für den Bus sind für mich viel Geld.

RM: Was hattest du für berufliche Vorstellungen, als du noch auf die Schule gingst?

Gerda: Ich wollte schon immer einen sozialen Beruf ergreifen — Erzieherin oder eine Arbeit im Jugendheim. Aber ohne wenigstens einen Hauptschulabschluß zu haben, ist da gar nichts zu machen. Der Abschluß wäre die Grundlage für eine Weiterbildung. So habe ich praktisch nur die Perspektive, nach dem BVJ wieder auf der Straße zu liegen. Mir ist auch schon gesagt worden: Die einzige Möglichkeit, die ich hätte, wäre, den erstbesten Mann zu heiraten. Diese Einstellung finde ich aber total beschissen.

RM: Nochmal zurück zum BVJ. Wieviele Jugendliche seid ihr da?

Gerda: Alleine die Jugendlichen, die ich kenne, sind schon eine ganze Menge. Vielleicht 150.

RM: Kommen diese 150 Jugendlichen allein aus Wanne?

Gerda: Aus Wanne sind es, glaub' ich, sogar noch mehr. Es sind insgesamt sieben bis neun Klassen. Da sind Jugendliche von der Realschule, von der Haupt- und der Sonderschule. Es gibt auch extra eine Klasse mit ausländischen Jugendlichen, hauptsächlich türkischen.

RM: Hat sich durch deine Arbeitslosigkeit auch eure familiäre Situation verschärft?

Gerda: In den zwei Monaten von meiner Schulentlassung bis zum Beginn des BVJ war ich zu Hause. Da bin ich natürlich schon mal meiner Mutter auf den Geist gegangen. Es hat Krach gegeben. Ich kenne ein Mädchen aus meiner BVJ-Klasse, die wegen solcher Schwierigkeiten von zu Hause ausgezogen ist und jetzt erst mal vorläufig bei ihrer Tante wohnt.

Ich habe acht Geschwister, davon sind drei jünger als ich. Meine Mutter ist geschieden und schwer krank. Sie könnte, auch wenn sie den Haushalt nicht hätte, nicht arbeiten. Die Belastungen für sie sind ohnehin schon schwer genug. Sie ist oft mit den Nerven fertig. Durch meine Arbeitslosigkeit — das BVJ bedeutet ja praktisch Arbeitslosigkeit — ist nun eine weitere Sorge dazugekommen. Meine Mutter fragt sich, wozu man seine Kinder überhaupt noch auf die Schule schickt, wenn sie hinterher sowieso arbeitslos sind.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftstag GTB

Herzliches Verhältnis zu den Unternehmern

In der vergangenen Woche tagte in Mannheim der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB). Wie auch auf dem Gewerkschaftstag der NGG, der in der vorletzten Woche ebenfalls in Mannheim getagt hatte, wurde bei der GTB ein neuer Vorsitzender gewählt. Der bisherige GTB-Boss Buschmann kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. Er wird nun durch Berthold Keller abgelöst, der seit 1972 Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der GTB ist. Keller ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß auch er, wie schon sein Vorgänger, für eine Politik der unverhüllten Zusammenarbeit mit den Unternehmern eintritt.

Das herzliche Verhältnis zwischen den GTB-Bonzen und den Textilkapitalisten wurde auf dem Gewerkschaftstag plastisch demonstriert: die Präsidenten der Unternehmerverbände Textil und Bekleidung, Hardt und Somberg, waren bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages als Ehrengäste zugegen.

Der neue GTB-Chef Keller pries bei seiner Antrittsrede offen das kapitalistische System als bestmögliche Gesellschaftsordnung und er betonte: „Damit bekennen wir uns auch zum freien, privaten Unternehmer und seiner gesellschaftlichen Funktion." So offenherzig — das muß man zugeben — enthüllen die wenigsten Gewerkschafter ihre Arbeiterfeindlichkeit! Was ist denn die „gesellschaftliche Funktion" des Unternehmers? Es ist die Gier nach Profit, die private Aneignung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums, die Ausbeutung der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Wer A sagt, muß bekanntlich auch B sagen. Und die GTB-Bonzen sagen B und zwar so offen und unverschämt, wie es sich die meisten anderen Gewerkschaftsbonzen aus Gründen der „Opportunität" verkneifen. Es gibt keine Branche, in der in den vergangenen Jahren so radikal die Arbeitsplätze vernichtet wurden, wie in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Und es gibt kaum eine Gewerkschaft, von der so wenig an Protest und Kampfmaßnahmen gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten ausgegangen ist. In den vergangenen 15 Jahren waren von knapp einer Million Arbeitsplätzen in diesem Industriezweig weit über 400.000 vernichtet worden. Allein in den letzten vier Jahren vernichteten die Textil- und Bekleidungsunternehmer über 200.000 Arbeitsplätze. Die GTB-Führung hat alles getan, um den Widerstand dagegen abzuwiegeln. So hat es kaum Streiks gegen die Stillegungen und Massenentlassungen gegeben und noch weniger gab es gewerkschaftlich organisierte Streiks.

Ähnlich sieht die „Erfolgsbilanz" der GTB-Bonzen auch bei den Löhnen aus. Es ist allgemein bekannt, daß in dieser Branche, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind, die Löhne auf den alleruntersten Rängen der Lohnskala rangieren. Die Textil- und Bekleidungsarbeiterinnen erhalten in vielen Fällen für gleiche Arbeit, wie sie auch von männlichen Kollegen geleistet wird, 30 Prozent weniger Lohn. Von einem Kampf des Gewerkschaftsapparates gegen diese schreiende Ungerechtigkeit ist nichts zu sehen. In dem neuen Programmentwurf, der auf dem Gewerkschaftstag vorgelegt wurde, ist noch nicht einmal die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" enthalten! Weiter gehört zur Bilanz dieser Gewerkschaftsführung, daß bei Textil und Bekleidung die gesundheitszerrüttende Nachtarbeit in den letzten Jahren so stark ausgeweitet wurde, wie nur in wenigen anderen Bereichen der Industrie. Auch dagegen wurde vom Gewerkschaftsapparat nichts unternommen.

Angesichts dieser Tatsachen gehört schon ein seltenes Maß an Unverfrorenheit dazu, daß sich die Herren GTB-Führer auch noch damit brüsten, daß sie trotz enormen Rückgangs an Beschäftigten in dieser Branche ihre Beitragseinnahmen steigern konnten und zwar von 33 Millionen Mark im Jahr 1973 auf 42,5 Millionen im letzten Jahr, und daß sie den Durchschnittsbetrag durch die Durchsetzung der Regel „Ein Prozent vom Bruttoeinkommen" von 10,92 Mark im Jahr 1973 auf heute 14,26 Mark in die Höhe getrieben haben. Für Streiks ist jedoch nie Geld da. Die GTB-Bonzen verschleudern die Beitragsgelder für Zwecke, die nichts mit den Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu tun haben.

So wurde zum Beispiel auf dem jetzigen Gewerkschaftstag immer wieder als „große Leistung" der GTB-Führung hervorgehoben, daß sie aktiv an der Verwirklichung des unlängst abgeschlossenen Welttextilabkommens beteiligt gewesen sei. Worum aber handelt es sich bei diesem Abkommen? Um ein Abkommen, das die EG-Länder unter Führung der Bundesrepublik den wirtschaftlich schwachen sogenannten „Billiglohn- und Billigpreisländern" aufgezwungen haben. Es legt Produktionsquoten und Importbeschränkungen für die verschiedenen Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie fest und dient praktisch dem Bestreben zur Beherrschung der Weltmärkte, vor allem für die Konzerne der Bundesrepublik, die der Welt größter Textilexporteur ist.

Was haben die Arbeiter für ein Interesse an einem solchen Abkommen? Überhaupt keines! Für die Arbeiter in den „Billiglohnländern" (vor allem Südostasien) wird das Abkommen eine weitere Verschärfung ihres ohnehin schon unerträglichen Elends bringen. Denn die Kapitalisten dort werden die für sie entstehenden Nachteile rücksichtslos auf die Arbeiter abwälzen. Für die Arbeiter hier in der Bundesrepublik jedoch werden dadurch keineswegs Arbeitsplätze gesichert, wie die GTB-Bonzen uns vorlügen. Die Realität zeigt, daß bei uns die Rationalisierungsfeldzüge unvermindert vorangetrieben werden. Dagegen kann nur der unversöhnliche Kampf der Kollegen gegen die Kapitalisten, für die Verteidigung der Arbeitsplätze helfen. Diesen Kampf aber sabotieren die GTB-Bonzen mit allen Mitteln.

Sie versuchen, den Kollegen einzuhämmern, die Interessen der Kapitalisten seien auch die Interessen der Arbeiter. So sollen wir Arbeiter und kleinen Angestellten den räuberischen Kampf „unserer" Kapitalisten um die Beherrschung der Weltmärkte unterstützen, sollen wir ihr verbrecherisches Streben unterstützen, andere Völker auszuplündern. Das schlägt den Grundsätzen der Arbeiterbewegung direkt ins Gesicht. Das ist das genaue Gegenteil des Gedankens von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Und es soll die Arbeiterklasse gegenüber den Angriffen der Kapitalisten entwaffnen.

Die GTB-Bonzen sind niederträchtige Agenten der Kapitalisten, und sie versuchen noch nicht einmal ernsthaft, dies zu verbergen. Aber auch in diesem Industriezweig erkennen die Kolleginnen und Kollegen, daß sie ihre Interessen nur im Kampf Klasse gegen Klasse verteidigen können. Deshalb wird auch hier die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition aufgebaut und zu einer starken Kraft werden.

Beteiligt euch an der Großdemonstration in Dortmund!

Fortsetzung von Seite 1

Klar, werden die meisten von euch sagen, das zweite ist das einzig richtige. (...)

Aber, Hand aufs Herz: Warum ist es denn oft so schwer, geschlossen gegen die Angriffe der Unternehmer zu kämpfen? Wo stehen denn die Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer, Kluncker, Schmidt usw., wenn es in unseren Betrieben hart auf hart geht?

In den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen stimmen sie doch täglich den Unternehmern zu, wenn Betriebe geschlossen und Kollegen entlassen werden, wenn rationalisiert, abgruppiert und umgesetzt wird. Nützt uns das? Nein, das schadet uns! (...)

Die brutalen Angriffe der Unternehmer auf uns müssen wir mit dem geschlossenen und konsequenten Kampf der Arbeiter beantworten.

Einigkeit und Solidarität ist unsere Waffe. Nichts verbindet uns Arbeiter mit den Unternehmern. Deshalb treten wir für den unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse ein.

Kumpanei, vertrauensvolle Zusammenarbeit und Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern lehnen wir ab. Die Gewerkschaftsführung setzt diese arbeiterfeindliche Linie innerhalb der Organisation mit diktatorischen Mitteln durch. Wir haben uns in der RGO zusammengeschlossen, um innerhalb der Gewerkschaft dagegen Front zu machen. Denn genauso wie gegenüber den Unternehmern gilt auch gegenüber der Gewerkschaftsführung: Allein ist man machtlos!

Schließen wir uns zusammen gegen den Aussperrungs- und Rationalisierungsterror der Unternehmer. Machen wir die Demonstration am 14. Oktober zu einer machtvollen Kundgebung unserer Kampfentschlossenheit und Solidarität!

Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz

Debakel für den IGM-Apparat

Die Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim (30.000 Beschäftigte), die wegen Wahlfälschung wiederholt werden mußte, brachte für den IGM-Apparat eine schwere Niederlage. Die oppositionelle Gruppe Hoss-Mühleisen, deren führende Leute aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, konnte gegenüber der ersten Wahl im April vier Sitze hinzugewinnen.

Bei der ersten Wahl, bei der — wie sich später herausstellte — für die IGM-Liste 1.300 gefälschte Stimmzettel in die Urnen geschmuggelt worden waren, waren für die Hoss-Gruppe 27,2 Prozent der Arbeiterstimmen gezählt worden (die Hoss-Gruppe kandidierte nur im Arbeiterbereich). Damit waren acht Sitze an diese linke Oppositionsgruppe gefallen. Bei der zweiten Wahl erhielt die Gruppe Hoss nun 39,2 Prozent der Stimmen und sie kann nun sogar 12 der insgesamt 29 Arbeitersitze im Betriebsrat besetzen. Die IGM-Liste hingegen verlor im Arbeiterbereich 4 Sitze. Bei der gefälschten Wahl hatte sie noch 19 Sitze für sich verbucht. Jetzt kann sie nur noch 15 Arbeitersitze einnehmen. Im Vergleich dazu das Ergebnis der Wahl 1975: Damals hatte die Gruppe Hoss 5 Sitze erreicht während der IGM-Apparat noch 22 Arbeitersitze besetzen konnte.

Der Stuttgarter Ortsvorsitzende der IG Metall, Gotschlich, mußte einräumen, daß dieses Ergebnis ein Debakel für den IGM-Apparat ist. Auch die bürgerliche Tagespresse widmete diesem Ergebnis dicke Schlagzeilen. Der Ton der Berichterstattung verrät Bestürzung. Und das ist nicht verwunderlich. Wenn eine linke Opposition in einem der bedeutendsten Großbetriebe der Bundesrepublik gegenüber dem DGB-Apparat einen solchen Schlag landen konnte, so ist das ein Warnsignal für die Bourgeoisie. Denn wie sollen die Arbeiter einigermaßen an der Kandarre gehalten werden, wenn der DGB-Apparat seinen Einfluß verliert und nicht mehr in der Lage ist, die Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzudämmen und abzuwürgen?

Der Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler und der Ortsvorsitzende Gotschlich geben jetzt zu, daß die Clique um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Aspacher keinerlei Ansehen mehr in der Belegschaft hatte, daß die Betriebsratsarbeit des IGM-Apparats bei Daimler an „Verkrustung und Basisferne" gelitten hat. Sie geben sogar indirekt zu, daß die Hoss-Gruppe eher für die Forderungen und Interessen der Belegschaft eingetreten ist, als die Vertreter des IGM-Apparates. Da taucht natürlich die Frage auf: Wie ist es dann möglich, daß Hoss und seine Kollegen aus der IGM als „Gewerkschaftsfeinde" ausgeschlossen wurden?

Aber wenn die IGM-Führer die genannten Eingeständnisse gemacht haben, dann nur, um die wahre Bedeutung ihrer Wahlniederlage herunterzuspielen. Sie versuchen, die Schuld einzig auf einige Altbonzen im Betriebsrat, wie Aspacher, zu schieben. Wenn dieses Wahlergebnis lediglich eine Absage der Arbeiter an diese IGM-Betriebsratsbonzen gewesen wäre, warum hat dann das „demokratische Manöver" — die Aufstellung der IGM-Kandidatenliste durch Urwahl — nicht gezogen? Warum hat es dann nichts genützt, daß Aspacher keinen Spitzenplatz mehr auf der Liste erhielt und nicht mehr als Anwärter auf den Betriebsratsvorsitz in die Wahl gehen durfte?



Streikposten von Daimler-Benz und SEL während des Metallarbeiterstreiks im Frühjahr 1978

Nicht nur die Unzufriedenheit mit einigen abgehalfterten Betriebsratsbonzen hat zu dieser Wahlniederlage der IGM-Bonzen geführt, sondern die wachsende Unzufriedenheit und Opposition der Arbeiter gegenüber dem DGB-Apparat überhaupt. Die Daimler-Arbeiter haben der IGM-Führung die Quittung für ihren Verrat an den Kämpfen gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung erteilt, insbesondere für den Tarifabschluß und die Abwiegelei und Streikbruchtaktik bei dem Streik im Frühjahr dieses Jahres. Und das „Debakel" bei Daimler ist ja keineswegs ein „Sonderfall", wie es die IGM-Führer jetzt darzustellen versuchen. In vielen Betrieben konnten oppositionelle und klassenkämpferische Listen bedeutende, teilweise sensationelle Erfolge bei den diesjährigen Betriebsratswahlen gegen die Listen des DGB-Apparates erringen. Insbesondere die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, die klar gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat Front macht, trat in dieser Hinsicht hervor. Der Erfolg bei Hoesch-Union in Dortmund ist dafür nur das bekannteste Beispiel.

Steinkühler unternimmt jetzt Versuche, die Gruppe Hoss mit der „Taktik des Umarmens" zu neutralisieren. So deutete er an, daß die Gewerkschaftsausschlüsse gegen Hoss und seine Kollegen nicht unrevidierbar seien. Wir hoffen, daß die IGM-Bonzen sich da verrechnen. Hoss sprach davon, sein Ziel sei es, die IGM zu demokratisieren. Aber es ist eine Illusion, zu glauben, man könnte den DGB-Apparat, der mit dem kapitalistischen System finanziell, politisch und organisatorisch verbunden ist, demokratisieren. Die DGB-Bonzen, die mit den Kapitalisten vertrauensvoll zusammenarbeiten, lassen sich nicht einfach abwählen. Sicher ist es richtig, den Kampf in der Gewerkschaft gegen die Diktatur des Apparats und für mehr Mitgliederrechte zu führen. Aber dieser Kampf muß mit dem Ziel geführt werden, innerhalb der Gewerkschaften, wie auch in den Betrieben die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat zu schmieden. Nur so kann die Arbeiterklasse sich rüsten, um im Kampf für ihre Forderungen siegreich zu sein. Nur so kann die Sabotage der Bonzen an unserem Kampf durchkreuzt werden. Deshalb ist der Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition notwendig, und jeder klassenbewußte Arbeiter und Gewerkschafter muß ihn unterstützen.

„Die 750 Entlassungen sind nur der Anfang..."

Interview mit einem Vertrauensmann bei Klöckner / Bremen

100.000 Arbeitsplätze sollen nach Plänen der EG-Kommission bis 1980 in der westeuropäischen Stahlindustrie vernichtet werden. Noch geben die Konzernherren das ganze Ausmaß der jeweils geplanten Entlassungen nicht bekannt. Sie ziehen es vor, die Katze Stück für Stück aus dem Sack zu lassen. So wie bei Klöckner in Bremen. 750 Entlassungen sind für das nächste Geschäftsjahr angekündigt. Aber nach Meinung der Klöckner-Kollegen ist das nur der Anfang.

Lesen Sie im folgenden ein Interview, das ein Bremer Volkskorrespondent mit einem revolutionären Vertrauensmann von Klöckner machte.

Roter Morgen: 750 Entlassungen sind angekündigt und die Stahlbosse sprechen von mehr „Produktivität". Was meinen sie damit?

Vertrauensmann (V): Mehr Produktivität, das heißt für uns, mehr Arbeitshetze, Verschärfung der Ausbeutung. Denn trotz der angekündigten Entlassungen soll die Produktion in der gleichen Höhe aufrechterhalten oder noch gesteigert werden. Nur ein kleines Beispiel dazu. In unserer Halle gibt es zwei Kräne. Früher wurde jeder Kran von einem Kranführer gefahren. Heute ist für beide Kräne nur noch ein Kranführer da.

RM: In der Rangliste der größten deutschen Konzerne steht die Klöckner Gruppe an zehnter Stelle. Wer ist Großaktionär bei Klöckner?

V: Großaktionär bei Klöckner ist die Familie Henle. Günter Henle, der Vater des jetzigen Konzernchefs, war 1918/19 als Freikorpsoffizier daran beteiligt, die Arbeiteraufstände in München und Thüringen im Blut zu ertränken. 1921 trat er in den auswärtigen Dienst ein, wo er binnen zehn Jahren zum Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London aufrückte. 1931 heiratete er die Stieftochter des Industriellen Peter Klöckner und wurde nach dessen Tod Chef des Konzerns. An Hitlers Raubkrieg verdiente Klöckner Milliarden. Auch wenn ein Nazigauleiter Henle als Nichtarier die Betriebsführung untersagte, auch wenn die englischen Besatzer nach 1945 Dr. Henle als ehemaligen Rüstungsindustriellen verhafteten und sein Vermögen beschlagnahmten — der Reichtum der Familie Henle hat sich dadurch keineswegs vermindert. Günter Henle saß unter anderem im Aufsichtsrat der Allianz, dem größten Versicherungskonzern Westdeutschlands und im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. In diese Positionen sind inzwischen seine Söhne nachgerückt. Henle kümmert sich auch intensiv um Politik. Als CDU-Abgeordneter saß er im ersten Bonner Bundestag. Später überließ er sein sicheres Mandat einem seiner Direktoren. Er selbst bleibt jedoch Präsident der einflußreichen „Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik".

RM: Hier auf der Bremer Hütte wird vom Verkauf an die Salzgitter AG gesprochen. Am 30.9.78 läuft das Geschäftsjahr aus. Wieweit sind diese Pläne gediehen. Haft ihr ab 1. 10. 78 neue Bosse?

V: Vor zwei Monaten enthüllte „Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML, daß Klöckner mit Salzgitter über einen Zusammenschluß verhandelt. Dies wurde zunächst energisch dementiert. Inzwischen mußte der Vorstand zugeben, daß tatsächlich Verhandlungen mit verschiedenen Stahlkonzernen über einen Zusammenschluß laufen. Allerdings ist darüber nichts genaues zu erfahren, obwohl vier Gewerkschaftsbonzen im Aufsichtsrat sitzen, darunter der zweite Vorsitzende der IG Metall, Mayr. Wir müssen also damit rechnen, daß es zu einem Zusammenschluß kommen wird — und damit zu zahlreichen weiteren Entlassungen. Die geplanten 750 Entlassungen sind bestimmt nur ein Anfang.

RM: Was ist bis jetzt gegen die bevorstehenden Massenentlassungen geschehen?

V: Kurz vor Bekanntwerden der Entlassungspläne hatte die RGO in einem Flugblatt enthüllt, daß der Betriebsrat mit Klöckner eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen hat, wonach der Betriebsrat eine Überstundenpauschale erhält. Sie ist umso höher, je mehr Überstunden die Belegschaft macht. Die Empörung unter den Kollegen war so groß, daß der Betriebsrat genötigt war, einen Beschluß zu fassen, wonach er Überstunden in Zukunft nicht zustimmen wird, solange die Entlassungspläne auf dem Tisch liegen. Allerdings wird dieser Beschluß nicht richtig durchgesetzt, so daß die Klöckner-Kapitalisten es sich erlauben können, im Kaltwalzwerk doch Überstunden verfahren zu lassen.

Mitte September nahm dann die Vertrauensleutevollversammlung auf Initiative eines revolutionären Vertrauensmannes eine Entschließung an, die den kompromißlosen Kampf gegen die Entlassungspläne fordert und vom Betriebsrat verlangt, keiner Entlassung mehr zuzustimmen. Außerdem wurde beschlossen, im Anschluß an die Betriebsversammlung eine Demonstration durchzuführen. Daß zu dieser Demonstration nicht so viele Kollegen kamen, wie an sich kommen sollten, lag daran, daß einige DKP-Betriebsräte dafür sorgten, daß die Demonstration eine halbe Stunde früher als angekündigt loszog.

Auf der Kundgebung nach dieser Demonstration am 19.9. tönte Arno Weinkauf, erster Bevollmächtigter der IG Metall, er werde sich bei den politischen Stellen für die Belange der Klöckner-Kollegen einsetzen. Die meisten Kollegen bei uns haben aber die Nase voll von diesen Phrasen. Was sie von einer wirklichen Gewerkschaft in dieser Lage verlangen, ist eine klare Stellungnahme: „Wir werden euch in eurem Kampf unterstützen, und wenn ihr für den Erhalt eurer Arbeitsplätze in den Streik tretet, dann werden wir euch selbstverständlich mit dem gesammelten Geld unterstützen." Aber darauf kann man natürlich bei den IGM-Bonzen lange warten. Deshalb wächst auch in letzter Zeit das Interesse an der RGO.

RM: IGM-Funktionäre haben in der letzten Zeit die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erhoben. Wie sieht es damit aus?

V: Die Bonzen haben bisher kein Wort darüber verlauten lassen, was sie bei den bisherigen Verhandlungen mit den Stahlkapitalisten eigentlich gefordert haben. Auch auf der letzten Vertrauensleutevollversammlung erfuhren wir kein Wort darüber. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß die IGM-Bonzen einen Verrat ansteuern. Er könnte so aussehen, daß wir vielleicht zwei Tage Urlaub mehr im Jahr erhalten. Oder — wie gerüchteweise verlautet — daß einfach die Pause, die wir bisher bei Schichtbetrieb haben, tariflich abgesichert wird. Außerdem müssen wir damit rechnen, daß die IGM-Bonzen in der kommenden Lohntarifrunde eine Verkürzung der Arbeitszeit gegen die Lohnerhöhungen aufrechnen werden.

Natürlich nehmen wir auch jeden weiteren Urlaubstag mit. Aber entscheidend ist, daß wir tatsächlich die Arbeitszeit verkürzen, um Druck auf die Stahlkapitalisten auszuüben, damit sie mehr Kollegen einstellen. Deshalb ist auf der letzten Vertrauensleutevollversammlung die Forderung aufgestellt worden, die 35-Stunden-Woche mit dem Ziel der Sechs-Stunden-Schicht anzustreben. Das würde für die Contischichtbetriebe bedeuten, daß statt bisher vier Schichten fünf Schichten eingeführt werden müssen.

RM: Was sind für dich als revolutionärer Vertrauensmann die wichtigsten Forderungen angesichts der drohenden Massenentlassungen?

V: Die einzige Kraft, die die Entlassungen verhindern kann, sind wir selbst, die Arbeiter und kleinen Angestellten. Deshalb trete ich vor allem für diese Forderungen der RGO ein: 1. Kompromißloser Kampf für unsere Arbeitsplätze! 2. Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden! 3. Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Je mehr Kollegen sich in der RGO zusammenschließen, desto besser werden wir den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen führen können.

RM: Die Werksleitung hatte geplant, die vierte Schicht abzubauen. Aufgrund eurer Kampfbereitschaft und Solidarität mußte sie das vorläufig zurücknehmen. Wie soll es weitergehen?

V: Wir müssen weiterhin wachsam sein. Denn die Werksleitung hat ihre Pläne keineswegs aufgegeben. In einem Nebenbetrieb zum Beispiel erschien kurz vor Schichtende der Betriebsleiter und sagte den Kollegen der betreffenden Schicht: „Ihr habt ab nächste Woche vollständig im Kaltwalzwerk zu erscheinen." Das heißt, die Schicht sollte vollständig aufgelöst werden. Die Kollegen waren über dieses Überraschungsmanöver äußerst empört. Sie erschienen am nächsten Morgen vollständig beim Betriebsrat und erreichten, daß die Versetzung in das Kaltwalzwerk vorläufig rückgängig gemacht wird und der Betriebsrat einer Auflösung der vierten Schicht nicht zustimmt. Auch andere Kollegen müssen auf derartige Überrumpelungsmanöver gefaßt sein.

RM: Der Betriebsrat fordert, der Bremer Senat solle die Klöckner-Arbeitsplätze retten. Herr Koschnik, der neue Aufsichtsratsvorsitzende?

V: Was bei staatlichen Eingriffen solcher Art herauskommt, sehen wir in der Saarindustrie und sehen wir auch in der französischen Stahlindustrie. In Frankreich beteiligt sich der Staat an der Stahlindustrie. Das Ziel ist dabei, 10.000 bis 15.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Sind die Konzerne mit staatlicher Hilfe und aus Steuergeldern saniert, dann wird die Industrie wieder reprivatisiert. Im Kampf um unsere Arbeitsplätze können wir deswegen weder auf den Senat, die Bundestagsparteien noch auf die Gewerkschaftsbürokratie bauen, sondern lediglich auf unsere eigene Kraft.

RM: Wir danken dir für dieses Gespräch.

Die neue RGO-Zeitung ist da!



Aus dem Inhalt: • HDW: Henkes Plan muß fallen! • Brillenfürst Rodenstock • Aachener Steinkohlenrevier: 10.000 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden.

Bestellungen an Dithmars Theil, 46 Dortmund 41, Postfach 410332.

Allensbacher Schokoladenarbeiterinnen setzen ihre Forderungen durch

Am Dienstag, den 26. 9. waren die Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik Stehlin in Allensbach bei Konstanz in den Streik getreten. Sie wehrten sich damit gegen eine unverfrorene Unterbezahlung und dagegen, daß der Schweizer Unternehmer, der in keinem Tarifverband organisiert ist, ihnen verschiedene Rechte wie zum Beispiel das der Bildung eines Betriebsrats, streitig machte. Die Bonzen der NGG-Gewerkschaft sahen sich genötigt, den Streik anzuerkennen und zu unterstützen. Die Kolleginnen in dem ca. 80 Beschäftigte umfassenden Betrieb forderten die Erhöhung der Stundenlöhne um 1,20 DM gegenüber dem Stand der Löhne im September (ab September hatte Stehlin die Löhne bereits leicht erhöht, weil er gemerkt hatte, daß „etwas im Busch war"). Ferner, daß die wöchentliche Arbeitszeit nur noch 40 Stunden beträgt (Stehlin hatte die Frauen gezwungen, täglich neun Stunden zu arbeiten ohne ihnen Überstundenzulage zu bezahlen) und daß die Bildung eines Betriebsrats zugelassen wird. Alle diese Forderungen konnten die Frauen nach neun Tagen Streik durchsetzen. Außerdem verpflichtete Stehlin sich, keine Repressalien gegen die Streikteilnehmer zu unternehmen. Die Frauen nahmen am Freitag letzter Woche die Arbeit wieder auf, nachdem sie in einer Urabstimmung beschlossen hatten, den Streik zu beenden. Zunächst war ein Kompromiß ausgehandelt worden, der eine Lohnerhöhung von nur 60 Pfennig vorsah. Dieses Ergebnis hatten die Schokoladenarbeiterinnen bei einer Urabstimmung am Mittwoch abgelehnt. Auch wenn die Löhne bei Stehlin selbst nach dieser kräftigen Erhöhung immer noch ziemlich niedrig sind, so war dieser Kampf doch ein großartiger Erfolg der Kolleginnen.

Nicht nur ihre materielle Lage hat sich erheblich verbessert. Auch ihre Stellung gegenüber dem Unternehmer Stehlin ist jetzt gestärkt. Stehlin wird nach diesem Kampf vorsichtiger sein müssen, wenn es um die Rechte der Arbeiterinnen geht.

Mannesmann-Werk in Wanne-Eickel soll stillgelegt werden

Das Röhlinghauser Werk der Mannesmann Anlagenbau AG soll bis zum übernächsten Jahr geschlossen werden. Das Werk hat 500 Beschäftigte. 180 Kollegen sollen schon in nächster Zeit entlassen werden. Die restlichen Kollegen werden damit beschwichtigt, daß es heißt, sie würden in anderen Mannesmann-Werken (in Dortmund und noch weiter entfernt) untergebracht. Abgesehen davon, daß dies weite Anfahrtswege und wahrscheinlich schlechtere Arbeit und niedrigere Bezahlung bedeutet, ist zu fragen, ob dieses Versprechen nicht mehr ein Spaltungsmanöver ist, mit dem der einheitliche und entschiedene Widerstand der Belegschaft verhindert werden soll. Schon seit Monaten hatte es Gerüchte über eine geplante Stillegung gegeben. Der Betriebsratsvorsitzende Evers jedoch — anstatt die Belegschaft über die Pläne der Mannesmann-Bosse zu informieren (bzw. solche Informationen seitens der Geschäftsleitung zu erzwingen, falls er tatsächlich selbst nichts gewußt haben sollte) — hatte nichts besseres zu tun, als nach der „undichten Stelle" zu fahnden. Evers ist ein ausgemachter Lakai der Bosse, der nur eine Sorge hat: zu verhindern, daß die Belegschaft ihre Arbeitsplätze durch Kampfmaßnahmen verteidigt. Evers sitzt übrigens als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat der Mannesmann Anlagenbau. Gleichzeitig ist er SPD-Funktionär.



Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526

Ein schwäbischer Unternehmer von altem Schrot und Korn

Es ist ja hinreichend bekannt, daß die deutsche Bourgeoisie (nicht nur die deutsche) dazu neigt, ihren eigenen Vertretern Orden, Verdienstkreuze und ähnliches an die Brust zu heften. Man denke dabei an Bismarck, Wilhelm II., die „Ordenswelle" in der Weimarer Republik, die Nazis und das Bundesverdienstkreuz.

So schritt man auch in Schwäbisch Gmünd in den letzten Wochen mehrere Male zu dem feierlichen Ritual der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Wie jeder Arbeiter weiß, gibt es in fast jedem Betrieb eine Handvoll „Kollegen", die, um des Aufstiegs willen, sogar den Kapitalisten das Arschloch lecken. Sehr oft nennen sich diese Leute Betriebsrat. So auch in der Brillenfabrik Neurad in Schwäbisch Gmünd. Als „ihr Chef", Ferdinand Neurad, 75 Jahre alt wurde, bot sich seinen „emanzipierten Mitarbeitern", den 1.500 Kollegen in aller Welt, die Gelegenheit, auf das Leben des Repräsentanten jahrzehntelanger Ausbeutung und Unterdrückung zurückzuschauen. Für den Betriebsrat eine willkommene Gelegenheit, in tiefere Bereiche des Arschlochs seiner Brötchengeber vorzukriechen: Er beantragte beim Bundespräsidenten Scheel das Bundesverdienstkreuz für den „lieben Klassengegner". Und es fehlte ihm auch nicht an Begründungen. So meinte Manfred Ziegler, Betriebsratsvorsitzender bei der Brillenfabrik Neurad und Mitglied der Tarifkomission der IG Metall auf der Verleihungsfeier, daß man „Ferdinand Neurad ohne Furcht begegnen konnte. (. . .) Seine Vergangenheit ist ein Zeichen des Vertrauens, das unendlich viel wert ist. Ferdinand Neurad hat stets soziales Engagement gezeigt, und deshalb habe sich der Betriebsrat dafür entschieden, für ihn das Bundesverdienstkreuz zu beantragen." Aus den USA und Malta waren Vertreter der Auslandswerke Neurads da, der heute nach harten Jahren des Aufbaus 1.500 Mitarbeiter in aller Welt hat. So durften die salbungsvollen Worte von Oberbürgermeister Schoch nicht fehlen. „Ferdinand Neurad hat seine Leistungen vollbracht, eingebettet in die Geborgenheit der Familie und fußend auf einem festgefügten christlichen Fundament. Wir sind stolz darauf, daß wir einen solchen Unternehmer in unserer Stadt haben." Der Abend fand seinen harmonischen Abschluß am kalten Bufett.

Alles in Butter, sollte man meinen. Kurze Zeit später muß dem Herrn Neurad und seinem treuen Betriebsrat allerdings der Atem gestockt haben. Dr. Otto Tiefenbacher (Direktor der Zahnradfabrik, des größten Betriebes in Schwäbisch Gmünd mit 7.000 Beschäftigten) bekam mit ähnlich salbungsvollen Worten des Betriebsrats das **Bundesverdienstkreuz erster Klasse am Band** verliehen.

Rot Front, Volkskorrespondent aus Schwäbisch Gmünd

Später Preis für die Rote Kolonne aus Frankfurt

Anläßlich der Aufführung ihres „Wahlzirkus" vor Umschülern in Bad Vilbel wurde jetzt dem Agitproptrupp Rote Kolonne aus Frankfurt ein Preis für seinen Beitrag beim Arbeitertheaterfestival in Dortmund überreicht. Wie bekannt, wurde die „Revue" der Roten Kolonne, die vom Festivalpublikum auf den ersten Platz gesetzt wurde, durch die Entscheidung der Jury aus der Wertung genommen und disqualifiziert. Dieses Vorgehen wurde von vielen Teilnehmern und Besuchern des Fesitvals und den Mitgliedern des Frankfurter Agitproptrupps zu Recht kritisiert. Die für die Entscheidung Verantwortlichen und die Festivalleitung haben deshalb ihre Entscheidung nach dem Festival noch einmal überdacht, und haben ihren Fehler nachträglich korrigiert. Sie haben der Roten Kolonne, die bei dem vorgesehenen Bewertungsmodus — 50 Prozent Jury und 50 Prozent Publikum — einen der vorderen Plätze belegt hätte, ebenfalls einen Preis verliehen. Damit soll die Leistung des Frankfurter Agitproptrupps und der von ihm unternommene Versuch, eine andere Form des Agitproptheaters vorzustellen, gewürdigt und der Einschätzung des Publikums Rechnung getragen werden. Auch wenn diese Preisverleihung mit einiger Verspätung erst jetzt vorgenommen wurde, so hatte die Rote Kolonne zu guter Letzt doch noch Grund zur Freude. Das ihnen überreichte Akkordeon fehlte noch in ihrer Instrumentensammlung und kam auch am gleichen Abend noch zum Einsatz.

Landtagswahl Hessen

Rote Kolonne: „Wahlzirkus"

Die Rote Kolonne aus Frankfurt hatte für die Landtagswahl in Hessen einen „Wahlzirkus" vorbereitet. Während des Wahlkampfes brachte sie dieses Programm bei vielen Gelegenheiten — auf der Straße und bei Veranstaltungen — mit großem Erfolg zum Einsatz.



Als die SPD am 6. 10. mit Börner, Brandt und Schmidt zur letzten Wahlschlacht in Frankfurt auf dem Römer antrat, spielte zur gleichen Zeit 200 Meter weiter die Rote Kolonne den „Wahlzirkus". 100 bis 150 Menschen versammelten sich vor dem aufgebauten Zelt. Ein Impresario in schwarzem Anzug und mit Zylinder führt durch das Zirkusprogramm. Da war zum Beispiel Polly, der Hund mit dem Verstand eines Politikers, zu besichtigen, der nur zählen, singen und radfahren konnte, wenn er Diäten, Aufsichtsrats- und Beratervertragsknochen zu fressen bekam. Da waren die Clowns Noby und Toby, die wie die bürgerlichen Parteien nach einem Schmetterling, der den Wähler darstellte, haschten. Da war eine Frau mit Totenmaske, die von der Umweltfreundlichkeit und Bekömmlichkeit der Höchstwerke schwärmte — „Bad Höchst" müsse man geradezu sagen, meinte sie. Da war Archibald, der Goldesel der Nation, und „Wahlus Magicus", der Zauberer, der die Versprechungen der bürgerlichen Parteien in seine Kiste packte; als er am Ende die Kiste hochhob, war sie leer: leere Versprechungen.

Am Abend des 6. 10. versammelten sich rund 70 Freunde und Genossen zur Wahlveranstaltung. Ein Redner der Partei ging auf die zur Wahl stehenden Listen ein und zeigte an vielen Beispielen, daß keine von ihnen aus Protest gegen die andere gewählt werden kann. Auch auf der Veranstaltung stieß die Vorführung des „Wahlzirkus" auf viel Beifall.

Kurz nach Besichtigung durch chinesische Bonzen

3.000 demonstrierten gegen AKW Esenshamm

Dichter Nebel liegt über der Wesermarsch, als am Samstagmorgen, abgeschirmt von der Bonner Sicherungsgruppe, eine chinesische Regierungsdelegation in Begleitung des niedersächsischen Wirtschaftsministers in das Atomkraftwerk Esenshamm fährt. An der Spitze der chinesischen Besucher der stellvertretende Ministerpräsident Fang Yi. Wenige Stunden später erhält das AKW erneut „Besuch" — allerdings ganz anderer Art: Auf dem Marktplatz in Rodenkirchen versammeln sich bei sonnigem Herbstwetter fast 3.000 Menschen aus Stadt und Land, um gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks zu demonstrieren.

Die AKW-Gegner im norddeutschen Raum sind nicht bereit, das Gerichtsurteil von Oldenburg, das die Inbetriebnahme des AKWs Esenshamm erlaubt, widerstandslos hinzunehmen. Diese Demonstration ist dafür ein eindrucksvoller Beweis. Es war die bisher größte Demonstration gegen das AKW Esenshamm.

Unter den Demonstranten herrschte auch Empörung über den Zynismus der chinesischen Bonzen, die mit ihrem Besuch kurz vor der Demonstration offen die Verachtung zeigten, die sie dem Kampf des werktätigen deutschen Volkes für seine Lebensinteressen entgegenbringen. Ein Spruchband in chinesischer Sprache, das die Demonstranten mit sich führten, gab dieser Empörung Ausdruck. Ein Flugblatt der KPD/ML mit der Überschrift „China fällt unserem gerechten Kampf in den Rücken" wurde interessiert aufgenommen.

„Sofortige Stillegung von Esenshamm — weg mit dem Atomprogramm!" So tönte es aus dem Megafon. Zum Abschluß der Demonstration wurde am Nordtor des AKWs eine Tafel angebracht, auf der, stellvertretend für die bisherigen und zukünftigen Opfer der Atomenergie, die Namen von verunglückten bzw. strahlengeschädigten Menschen aus aller Welt eingeritzt sind.

Amateurtheaterfestival in Oberhausen

Ein voller Erfolg

**Vom 25. bis 30. September fand in Oberhausen ein Amateurtheaterfestival statt. Veranstalter waren das TiP — Theater im Pott — und ein Jugendheim. Sechs Tage lang zeigten insgesamt 20 Amateur- und Arbeitertheatergruppen aus dem Ruhrgebiet ihre Stücke, Lieder, Sketche. Gespielt wurde im Saal und auf der Straße. Es traten die „Zeitzünder" aus Düsseldorf, die „Pfeffermühle" aus Bochum, das „Kabarett K" aus Mülheim, der „Eisler-Chor" aus Essen und das Dortmunder „Lehrlingstheater" und andere auf. Diskussionen mit den Zuschauern schlossen sich regelmäßig an die Auftritte an; Erfahrungen wurden ausgetauscht.
Auf dem abschließenden „Spielfest" waren auch die „Elbspeelers" aus Hamburg sowie die Volkstanzgruppe „Slürdanz" aus Dortmund zu sehen.**

Auf dem Amateurtheaterfestival beherrschten vor allem politische und soziale Themen die Bühne: Arbeitslosigkeit, Entlassungen, Rationalisierung, das Hervortreten alter und neuer Nazis, der Polizeiterror, die politische Unterdrückung, die Verschwendung von Steuergeldern für dekadente, unsinnige „Kunst" usw. Die politische Aussage war jedoch nicht einheitlich: Während einige Gruppen — zum Beispiel das „Lehrlingstheater" — den DGB als Perspektive darstellten, war in den Beiträgen anderer — zum Beispiel des „Zeitzünders" und der „Pfeffermühle" — eine revolutionäre Perspektive des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein besseres Leben zu erkennen. Diese letzte Richtung wurde treffend in einem Vortrag im Rahmen des Festivals gekennzeichnet. „Volkstheater" — hieß es da — „ist die ‚Lunge des kleinen Mannes', durch die er seine Not, seine Leiden, seine Sehnsucht ins Land ruft."

Der „Rote Morgen" sprach mit einem Mitglied der „Pfeffermühle" über das Oberhausener Amateurtheaterfestival. Hier nun einige der Eindrücke und Erfahrungen, die die „Pfeffermühle" in diesen Tagen gewonnen hat:

Eindrücke der „Pfeffermühle"

„Die Teilnahme am Amateurtheaterfestival war für uns ein wichtiges Erlebnis, eine wichtige Erfahrung. Wir bekamen in den sechs Tagen eine Anzahl neuer Kontakte: zu den Zuschauern, zu anderen Gruppen, zu Theaterleuten. Neuartig waren für uns vor allem die Kontakte zu Theaterleuten. Wir von der ‚Pfeffermühle' kommen aus der Arbeiterbewegung, haben uns kennengelernt und zu einer Theatergruppe zusammengeschlossen im Zusammenhang mit politischen Kämpfen und Aktionen. Kontakt zu fortschrittlichen und aufgeschlossenen ‚Fachleuten der Kultur' hat uns bisher weitgehend gefehlt. Aber gerade aus einem solchen Kontakt versprechen wir uns Anregung, Bereicherung und Verbesserung unserer Arbeit. Wir wollen diese Kontakte unbedingt pflegen und ausbauen.

Durch die Diskussionen im Anschluß an unsere Auftritte haben wir auch ein realistischeres Bild über uns selbst, unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten gewonnen. Wir haben erfahren, daß wir unsere Ziele nicht immer richtig ausdrücken, daß man uns nicht immer so versteht, wie wir es wollen. Ein Beispiel: In unserem Programm hatten wir — als einziges Stück zur Gewerkschaftsfrage — einen ‚DGB-Song'. Darin stellen wir satirisch einen DGB-Bonzen dar, der aus der Schule plaudert, der verrät, nach welchem ‚Dreh' er die Kollegen seit über 30 Jahren betrügt. Am Schluß treten Kollegen gegen ihn an und singen: ‚Wir brechen mit dem DGB / Kollegen, das ist unser Dreh!' —

Natürlich wollten wir klassenkämpferische Kollegen nicht auffordern, aus dem DGB auszutreten: der Angriff sollte sich gegen den Apparat, gegen die Bonzen richten, die die Interessen der Kollegen und der Gewerkschaftsbasis längst verraten haben. Die Aussage aus dem DGB-Song mußte aber falsch verstanden werden; sie irritierte einen großen Teil des Publikums. Anwesende DGB-Funktionäre nutzten diesen Fehler und versuchten in der Diskussion, uns als Gewerkschaftsfeinde hinzustellen, uns in Frontstellung zu den einfachen DGB-Mitgliedern zu bringen.

Das Beispiel des ‚DGB-Songs' zeigte uns auch, daß wir die jeweiligen Umstände eines Auftritts genauer einschätzen müssen. In einer Veranstaltung, wo viele, teils ehrliche und kämpferische DGB-Mitglieder saßen, die noch viele Illusionen über den Charakter ihrer Organisation hatten, mußte der ‚DGB-Song' wie eine Provokation wirken. Wir verbauten oder erschwerten uns so von vornherein eine Diskussion mit diesen Kollegen. Nötig gewesen wäre ein Stück, das in differenzierter Weise die Politik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der des DGB gegenübergestellt, das besonders auch den Unterschied zwischen den DGB-Bonzen und den einfachen, kämpferischen DGB-Mitgliedern herausgearbeitet hätte.

Insgesamt war das Oberhausener Festival für uns ein Erfolg. Es hat uns Spaß gemacht, auch wenn die sechs Tage mitunter recht anstrengend waren. Wir haben Anerkennung erfahren; wir haben aber vor allen Dingen gelernt, daß wir noch ganz schön dazulernen müssen. Wir können nur jeder Arbeitertheatergruppe empfehlen, sich nach solchen Veranstaltungen umzusehen und an ihnen teilzunehmen. Es lohnt sich in jeder Hinsicht."



Auftritt der Theatergruppe „Pfeffermühle" aus Bochum in einem Jugendzentrum



Straßentheatergruppe „Zeitzünder" aus Düsseldorf


In Oberhausen-Sterkrade trat unter anderem die Singgruppe „Stechmücke" aus Köln auf.

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Berufsverbote:
Alter Wein in neuen Schläuchen

Der Hamburger Bürgermeister Klose hat einige Furore in der westdeutschen Öffentlichkeit verursacht. Klose: „Ich stelle lieber 20 Kommunisten in den Staatsdienst ein, als daß ich 200.000 junge Leute verunsichere." „CDU attackiert Kloses Pläne" und „Radikalenerlaß wird zum Wahlkampfthema" — so und ähnlich lauten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse in diesen Tagen. Große Aufregung um den Radikalenerlaß! Wenn man dem äußeren Eindruck nachgeht, scheint sich hier die „liberale Welle" der Berufsverbote anzukündigen. Genau diesen Eindruck wollen Klose und seine Parteifreunde verbreiten.

Klose und Co. haben allen Grund, jetzt plötzlich liberale Töne anzustimmen. Vor über sechs Jahren war es ebenfalls das SPD-regierte Hamburg, das jene Form des Radikalenerlasses als erstes praktizierte, der dann 1972 im ganzen Bundesgebiet Gültigkeit bekam. Seitdem hat der Radikalenerlaß innerhalb Westdeutschlands und im Ausland sein häßliches Gesicht gezeigt. Unzählige Berufsverbote gegen Lehrer und andere Bewerber im öffentlichen Dienst bis hin zu Postbeamten und Eisenbahnern. Eine Atmosphäre der Bespitzelung und des Duckmäusertums griff um sich. Selbst Schüler wurden vom Verfassungsschutz bespitzelt. Im Ausland, wo während des Krieges gegen die faschistischen Besatzer gekämpft worden ist, hat man mit Empörung aufgenommen, daß heute in Westdeutschland wieder verboten wird, daß Kinder von kommunistischen Lehrern unterrichtet werden. Berufsverbote — sie sind hier inzwischen zum Markenzeichen des „Modells Deutschland" geworden!

Das ist der Grund, warum einige sozialdemokratische Führer sich Gedanken gemacht haben, wie man das Ansehen der Bundesrepublik als „Rechtsstaat" wieder aufpolieren kann. Und so sieht Kloses „liberales" Konzept des Radikalenerlasses aus: In Zukunft soll ein Bewerber für den öffentlichen Dienst **nicht mehr automatisch** durch Routinenachfragen beim Verfassungsschutz überprüft werden. Nur **aktives Handeln gegen die Verfassung** rechtfertige Ermittlungen! Mit anderen Worten: Man will nicht mehr nach der formalen Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei oder einer linken Organisation fragen, sondern die Bewerber nach ihrem tatsächlichen Verhalten beurteilen.

Was das praktisch bedeutet, kann man schon daran sehen, daß Klose allein 80 Berufsverbote ausgeteilt hat, von denen nur über 20 nachträglich zu diskutieren wäre. Mit anderen Worten: Die Berufsverbote gehen weiter, nur differenzierter. Ein lebendiges Beispiel für eine solche Praxis lieferte jetzt der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) in der Hitze des Wahlgefechts. Sein Wahlgegner Dregger (CDU) hat ihn sozusagen zum Wettstreit in Sachen Radikalenerlaß herausgefordert und ihn zu folgendem offenherzigen Bekenntnis gereizt: Börner (sinngemäß): „...Erst vor kurzem habe ich zwei Lehrer aus dem Lehramt hinausgeworfen. Wenn es nach der Methode Herrn Dreggers ginge, nur nach dem Parteibuch zu schauen, dann wären diese beiden noch drin. Diese beiden Lehrer hatten nämlich kein Parteibuch, denn der Kommunistische Bund Westdeutschlands gibt gar keine Parteibücher aus."!! Tüchtig, tüchtig, Herr Börner!

Hier zeigt sich klar, daß die „Reformer" nicht liberaler sind als die offenen Reaktionäre, sondern „moderner". Sie haben sich einfach der Tatsache angepaßt, daß unsere Partei und andere Organisationen nicht mehr, wie die KPD, Mitgliedsbücher ausgeben. Eine um so größere Rolle spielt für diese Leute die Gesinnungsschnüffelei. Noch stärker als bisher werden sich die Angehörigen und Sympathisanten unserer Partei und andere Revolutionäre Bespitzelungen und Überwachungen ausgesetzt sehen, um ihr „tatsächliches Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu überprüfen. Nicht umsonst hat der Bremer Bürgermeister Koschnick, ein „Mitstreiter" Kloses, vorgeschlagen, die Probezeit für Lehramtsanwärter, bevor sie Beamte werden, noch mehr auszudehnen. Man will noch mehr Zeit haben, die Gesinnung der Bewerber zu erschnüffeln.

Wie weit Klose mit seinem „modernen" Konzept geht, zeigte sich jetzt an dem Fall des SPD-Mitglieds und ehemaligen SHB-Funktionärs Michael Jung. Ihm wurde die Übernahme als Bundesbankreferendar bei der Landeszentralbank in Hamburg verweigert, weil er nach Ansicht der Bank nicht „die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten". Unterzeichnet hat diesen Beschluß auch der Leiter der Landesbank, Hans Hermsdorf, Mitglied der SPD!

Die SPD erteilt ihren eigenen Mitgliedern Berufsverbot, wenn es darum geht, den Staat von „Linken" zu säubern! Dieses Beispiel legt dringend nahe, daß alle, die durch Berufsverbote bedroht sind, sich zusammenschließen und fordern müssen: **Weg mit den Berufsverboten!**

Gernot Schubert wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Vereinigung festgenommen

Am Montag gegen sieben Uhr morgens drangen ca. acht Polizisten einer Sonderkommission in Zivilkleidung in die Wohnung des Genossen Gernot Schubert in Bochum-Langendreer ein. Begleitet wurden sie von einem Oberstaatsanwalt der Generalbundesanwaltschaft. Die Polizisten durchwühlten die ganze Wohnung. Sie nahmen dann Gernot Schubert, ein bekanntes Mitglied unserer Partei, fest.

Begründung: Er solle auf Schußwunden hin untersucht werden, denn er stehe im Verdacht, der entkommene dritte Beteiligte an der Schießerei vom 24. September im Randgebiet Dortmunds zu sein (bei dieser Schießerei war ein Polizist tödlich verletzt worden). Er stehe ferner im Verdacht, Angelika Speitel und ihre Gruppe durch die Lieferung von Waffen unterstützt zu haben. Dem Genossen wurde bekanntgegeben, daß seitens der Generalbundesanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" läuft.

Die hier erhobenen Verdächtigungen gegen den Genossen Schubert sind natürlich total willkürlich und absurd. Es ist den Herren vom Bundesgerichtshof und von der Generalbundesanwaltschaft sehr wohl bekannt, daß unsere Partei die Taktik des individuellen Terrors von jeher eindeutig ablehnt und als für den Kampf des Proletariats schädlich bekämpft. Die Festnahme und das Ermittlungsverfahren gegen Genossen Gernot Schubert stellen eine gezielte Provokation dar, mit der unsere Partei wieder einmal in das sogenannte „terroristische Umfeld" eingeordnet werden soll. Die Hausdurchsuchung und die Festnahme erfolgten auf Antrag von Generalbundesanwalt Rebmann und auf Beschluß des Bundesgerichtshofes.

Einige Stunden nach seiner Festnahme wurde Genosse Schubert wieder freigelassen, nicht ohne daß er zum wiederholten Mal erkennungsdienstlich behandelt wurde. Die Untersuchung erbrachte selbstverständlich keinerlei Anhaltspunkte für die gegen den Genossen erhobenen haltlosen Verdächtigungen.

Anti-NPD-Aktionen

Aus Würzburg erreichte uns dieses Bild, das anschaulich die vorsorglichen Maßnahmen der Polizei zum Schutz der Faschisten auf ihrer Kundgebung vom 30. 9. zeigt. Mit „spanischen Reitern" wird ein Käfig gebaut, um die Nazis vor der Empörung der Antifaschisten zu schützen. Auf dieser Kundgebung war es den Faschisten auch erlaubt, im Schatten der Polizei Schlägereien anzufangen. Währenddessen nahm die Polizei Verhaftungen unter den Antifaschisten vor und filmte, wie es üblich ist, sämtliche 600 Teilnehmer der antifaschistischen Demonstration. Diese Wahlkundgebung der NPD wurde so gestört, daß die Faschisten bestimmt keinen Erfolg für sich verbuchen konnten.



Breite Aktionseinheit der Antifaschisten in Dortmund

Als am vergangenen Samstag knapp 25 NPD-Faschisten durch eine Passage den Alten Markt betreten wollten, um ihre angekündigte Kundgebung abzuhalten, traten ihnen mehrere hundert Antifaschisten mit geschlossenen Reihen und antifaschistischen Sprechchören auf den Lippen entgegen und hätten sie vertrieben, wenn nicht ein Polizeiaufgebot den Faschistenhaufen geschützt hätte. Mehrfach versuchten Greiftrupps die Antifaschisten anzugreifen und einzelne festzunehmen, was aber durch den Zusammenhalt der Demonstranten verhindert wurde.

Diese Aktion war schon dadurch ein großer Erfolg, daß eine große Aktionseinheit von antifaschistischen Organisationen zustande kam, an der auch unsere Partei teilnahm. Mit Beifall wurde auch aufgenommen, daß der Kreisjugendausschuß des DGB und der Bezirksverband Dortmund der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) diese Aktion unterstützten.

Während die antifaschistischen Demonstranten die braune Brut mit einem Hagel von Eiern und Farbeiern empfingen und anschließend die Kundgebung mit Trillerpfeifen und antifaschistischen Sprechchören wie „Nazis raus aus Dortmund!" und „Tod dem Faschismus" störten, reihten sich immer wieder Passanten, die zufällig vorbeikamen, ein und begannen, die antifaschistischen Parolen mitzurufen. Insgesamt sammelten sich bis zu 1.000 Menschen auf dem Alten Markt an, die den mit brauner Farbe und Rührei verschmierten Stand der Nazis belagerten.

Wichtig war für viele die Erfahrung, daß man als Antifaschist nicht auf die Polizei hoffen darf, sondern daß die Polizei auf der Seite der Faschisten steht.

Auch in Gießen...

...versammelten sich am 25. 9. einige wenige NPD-Nazis, um eine Kundgebung abzuhalten. Die Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus hatte erst einen Tag vorher davon erfahren. Rasch entwarf sie ein Flugblatt, in dem sie die Gießener Bürger aufrief, den Naziaufmarsch zu verhindern. 40 Antifaschisten waren es zunächst, die in zwei Gruppen geteilt plötzlich aufmarschierten und den NPD-Stand in die Zange nahmen. Mit Trillerpfeifen und Sprechchören wurde verhindert, daß von den faschistischen Hetztiraden Wesentliches zu hören war. Insgesamt sammelten sich bis zu 200 Passanten an, die auch Sprechchöre wie „Nazis raus aus Gießen!", „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und andere mitriefen. Es flogen auch mehrere Eier, die am Rednerpult zerplatzten. Einige empörte Passanten stellten sich auch demonstrativ zu einem roten Transparent mit der Aufschrift „Front gegen Reaktion und Faschismus", unter dem sich die Mitglieder der Initiative gesammelt hatten.

Berufungsprozeß in Westberlin:
Freispruch für die drei Anti-Schah-Demonstranten!

Am 26. 9. begann in Westberlin der Berufungsprozeß gegen den Elektriker Werner A., den Koch Josef K. und den Maschinenschlosser Fritz M. Sie wurden bereits im Februar zu 12 Monaten bzw. 6 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt (im letzten RM schrieben wir fälschlich: 18 bzw. 12 Monate!), weil sie im März 1977 an einer Protestkundgebung gegen das faschistische Schah-Regime im Iran teilgenommen hatten.



Bonns Hilfe für den Schah: Während das iranische Volk kämpft (Bild), werden in Westberlin Schahgegner vor Gericht gestellt.

Als jetzt durch Berufung des Staatsanwalts als auch der angeklagten Genossen der Berufungsprozeß begann, machte der Richter gleich deutlich, daß „er nicht den Eindruck erwecken wolle, er wäre unvoreingenommen". Hier ginge es um keinen normalen Prozeß, und deshalb habe er den Gerichtssaal 501 gewählt. Dieser Raum ist zu dem Teil, wo Richter und Staatsanwalt sitzen, mit Panzerglas-Fensterscheiben abgesichert, und wird deshalb in der Öffentlichkeit auch als „Terroristensaal" bezeichnet. Genau wie beim Hamburger Antifaschistenprozeß sollen auch hier die Genossen von vornherein abgestempelt und in die „Terroristen"ecke gedrängt werden. Auch die Zuschauer bekamen gleich zu spüren, welcher Wind hier weht. Jeder wurde einzeln durchsucht und zum Teil vollständig abgetastet. Schuhe mußten ausgezogen werden. Als „Instrumente" wurden beschlagnahmt: Papier, Kugelschreiber, Velemint (als Chemikalie!) und anderes. Die Beamten überschritten zunächst auch noch den angeordneten Rahmen dieser menschenunwürdigen Untersuchung. Sie begannen, Ausweispapiere der Zuschauer zu fotokopieren. Erst durch den Protest der Angeklagten ließ man die Registrierung der Ausweise wieder fallen.

Bei den Ereignissen, die jetzt wieder aufgerollt werden, ging es um eine Protestkundgebung von etwa 70 Personen gegen ein Fest mit opulentem Mahl, zu dem der iranische Generalkonsul Westberliner Politiker, Besatzeroffiziere und andere Geschäftsfreunde geladen hatte. Nachdem im Festraum im amerikanischen Offiziersclub in Westberlin-Dahlem einige beherzte iranische Patrioten durch einen Zug an der Tischdecke das kalte Buffet auf den Fußboden befördert hatten, wurde draußen Polizeiverstärkung angefordert. Erst als die Kundgebung der Demonstranten, außerhalb der Bannmeile, im Begriff war, sich aufzulösen, überfiel die Polizei plötzlich in einer provokatorischer Aktion die Demonstranten, wobei die drei Angeklagten festgenommen wurden.

In der ersten Sitzung wurden zwei Zeugen befragt. Schutzmann Schramm, Hauptbelastungszeuge von Werner A., hatte jetzt ein sehr schlechtes Gedächtnis. Früher hatte er noch wilde Geschichten über einen angeblichen Überfall der Demonstranten erzählt! Jetzt war nur übriggeblieben, Werner hätte ihn vor das Schienbein getreten. Auch kann er sich heute nicht mehr erinnern, daß er nach seiner ursprünglichen Aussage noch in derselben Nacht ins Krankenhaus gefahren sein will wegen seiner Verletzungen. Erst, als der Richter ihm seine früheren Worte in den Mund legt, kann er sich plötzlich wieder erinnern. Da fiel ihm auch wieder der Totschläger ein, mit dem er geschlagen worden sei! Mit solchen „Zeugenaussagen" will der Staatsanwalt sein Ziel erreichen: Verurteilung der Angeklagten als „Einsatzgruppe" einer „kriminellen Vereinigung", die mit dem Vorsatz zu Gewalttätigkeiten organisierten Widerstand geleistet habe und deshalb nur mit Gefängnis **ohne** Bewährung bestraft werden könne.

Dieser Absicht muß ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Die angeklagten Genossen freuen sich über jeden Besucher, der die Öffentlichkeit dieses Prozesses vergrößert. Nächste Termine: 10. 10. und 17. 10., jeweils 9 Uhr im Saal 501 des Landgerichts, Turmstraße!

Achtung! Krankenhaus — Lebensgefahr!

Volkskorrespondenz

Warum gehört das Krankenhauspflegepersonal häufig zu den ängstlichen Patienten? Weil es über die Methoden an seinem Arbeitsplatz Bescheid weiß!

Wir kennen die Ärzte, die der falschen Patientin die Gebärmutter herausoperieren, eine alte Frau am gesunden Bein operieren, abgebrochene Bohrerspitzen im Oberschenkel stecken lassen, so daß sich durch die notwendige Nachoperation die Verweildauer auf ein halbes Jahr hinzieht.

Wir kennen die Ärzte, die schlichtweg „unwertes Leben“ auslöschen, indem sie teure, gute Medikamente mit der Begründung weglassen: „Der stirbt sowieso bald.“ Als vor kurzem Dokumente über Ärzte im Nürnberger Prozeß im Fernsehen gesendet wurden, meinte eine Kollegin, daß das doch heute wohl genauso sei, daß die „therapeutische Sterbehilfe“ von damals identisch sei mit der heutigen. Da ist zum Beispiel der Fall einer leukämiekranken älteren Frau, die sehr häufig zur lebensrettenden Bluttransfusion kam. Eines Tages verschlechterte sich ihr Zustand sehr. Der Arzt bestellte die teure Blutkonserve ab, „weil es sich für die nicht mehr lohnt.“ Als es der Patientin dann plötzlich wieder besser ging, war nur durch einen glücklichen Zufall die nötige Blutkonserve vorhanden. Wäre alles nach Plan gelaufen, hätte die Patientin sterben müssen.

Krankenschwestern gelten bei Ärzten als „schwierige Patienten“. Klar, jemanden, der kein Laie ist, kann man nicht als unmündiges Objekt behandeln, wie es sonst üblich ist. Wir kennen Wirkung und Folgeerscheinungen von Medikamenten, die Praxis der „barmherzigen Lüge“, bei der dem Menschen das Recht abgesprochen wird, über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Wir kennen auch die Folgen von Rationalisierung und Arbeitshetze für die Patienten: Es unterlaufen schnell Fehler, falsche Medikamente und Spritzen werden verabreicht, Schüler als volle Arbeitskräfte eingesetzt, die dann mit mangelnder theoretischer Ausbildung die Planstellen billig besetzen.

Ein erschütterndes Beispiel für das menschenverachtende Gesundheitssystem ist folgender Fall: Ein 58jähriger Patient wird an schweren inneren Verletzungen operiert. Dreimal muß er während der Operation wiederbelebt werden. Trotzdem bleibt er nur zwei Tage auf der Intensivstation. Dem Mann geht es dann etwas besser. Trotzdem muß er ständig kontrolliert werden. Als er in der Nacht die Symptome eines lebensgefährlichen Schocks bekommt, ruft die Nachtwache, eine Unterkursschülerin, den diensthabenden Arzt. Ohne den Patienten gesehen zu haben, ordnet er (Diagnose: Schock durch Blutverlust) eine Infusion an. Als er den Patienten untersucht, ordnet er noch eine Infusion an, die gewöhnlich Alkoholikern im Delirium gegeben wird und Atemstillstand hervorrufen kann. Eine Kollegin, die den Mann beobachtet hat, meint, daß da etwas nicht stimmen kann. Der Mann wird immer unruhiger. Valium wird angeordnet. Der Arzt geht. In seiner Todesangst reißt sich der Patient die Infusion heraus. Der Arzt kommt wieder, weigert sich jedoch, einen Kollegen anzurufen, der den Patienten ins Intensivzimmer überweisen könnte. Begründung: „Ich möchte den Kollegen nicht in seinem Schlaf stören.“ Wertvolle Zeit vergeht, als der Patient geröntgt wird. Der Arzt wird aus dem EKG nicht schlau. Während die Nachtwachen darauf hinweisen, daß möglicherweise eine Lungenembolie vorliegt, will der Arzt auch weiterhin niemanden „belästigen“. Erst die Warnung, daß der Mann den Morgen nicht mehr erlebt, veranlaßt den Arzt, einen Kollegen aus der Inneren Abteilung heranzuziehen. Während beide in einem Nebenzimmer diskutieren, ob man den Chef holen soll, setzt bei dem Patienten Atemstillstand ein. Während der Arzt danebensteht, soll die Unterkursschülerin Herzmassage durchführen. Als sie in ihren Armen keine Kraft mehr dazu hat, soll sie sie mit dem Fuß an dem inzwischen toten Patienten fortsetzen!

Kommentar des Arztes: „Schade, aber der wäre sowieso nicht zu retten gewesen.“

Das Nachspiel verdeutlicht, daß es die Umstände sind, die solche Ärzte hervorbringen. Die Sache wird im Wachbericht vermerkt, gelangt zum Chef. Als er sich von den Nachtwachen informieren läßt, meint er, daß er den Mann sofort geschmissen hätte, wenn der Patient noch zu retten gewesen wäre. So aber beließ er es bei einer strengen Ermahnung. (Wenn einer Privatpatientin nachts übel wird, wird übrigens sofort der Oberarzt oder der Chef geholt!)

Ein System, das solche Ärzte zuläßt, sie nicht kontrolliert, ihre Macht festigt, ist genauso verbrecherisch wie der einzelne Arzt, ja noch mehr. Denn letztlich ist es ja dieses System, das bestimmt, wieviel der Mensch, insbesondere der kranke, werktätige Mensch in unserer Gesellschaft wert ist.

Ausländer behandelt wie Vieh

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Als Ausländer in Westberlin oder in Westdeutschland benötigt man eine Aufenthaltserlaubnis, die von der Ausländerpolizei erteilt wird. Um zu dieser Erlaubnis zu gelangen, müssen die meisten Ausländer einiges über sich ergehen lassen. Man braucht ein dickes Fell und eiserne Schultern, wenn man der Rangelei und dem erbitterten Kampf um die Einlaßnummern vor dem Gebäude der Ausländerpolizei und vor allem den Knüppelschlägen der vielen Polizisten, die dort für „Ordnung“ sorgen sollen, standhalten will. Man darf nicht den Fehler machen und sich beleidigt fühlen oder gar protestieren, wenn man als „Idiot“ oder als „Dreckschwein“ angesprochen wird, sonst besteht die Gefahr, daß man erst gar nicht in das Gebäude reingelassen wird.

Viele Ausländer stehen schon morgens um halb fünf vor dem Gebäude. Die ersten werden um sieben Uhr reingelassen. Die Bearbeitung der Aufenthaltsgenehmigungen fängt aber erst um acht Uhr an. Hat man schließlich nach unendlich langem Warten eine Einlaßnummer bekommen und darf in das Gebäude reingehen, so ist es lange noch nicht sicher, daß man auch mit seinem Antrag drankommt. Nach mehrstündigem Warten, jetzt im Gebäude — natürlich stehend, da es in den engen fensterlosen, dreckigen Gängen keine Sitzmöglichkeiten gibt —, heißt es plötzlich: „Heute können wir keinen mehr bedienen. Die Behörden sind überlastet. Morgen wiederkommen.“ Wenn man dann das Haus nicht schnell genug verläßt, kann es passieren, daß einen die zahlreichen Polizisten mit Knüppeln nach draußen treiben und mit Festnahme und Abschiebung drohen.

Obwohl viele Ausländer wenig oder gar kein Deutsch können und die Behörden wiederum nur Deutsch sprechen, gibt es dort keinen einzigen



Asylsuchende Pakistani im Westberliner Ausländeramt

Dolmetscher. Es wird keine Zeit verschwendet, um einem zu erklären, warum ein Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung abgelehnt wird, oder warum der eine sie nur für drei Monate bekommt und jemand anderes gleich für ein Jahr. Wenn man gegen die Erniedrigungen, die man dort durchmachen muß, protestiert, bekommt man prompt die Antwort verpaßt: „Du kannst ja gleich nach Hause fahren, wenn du dort an Besseres gewöhnt bist. Von euch haben wir hier mehr als genug.“

Die Wut der Ausländer gegen die Frechheiten und Schikanen der Behörden wird immer größer. Fast täglich kommt es zu Handgemengen: auf einer Seite die Behörden und Polizisten, auf der anderen Seite die zornigen Ausländer, die ihre wenigen Rechte verteidigen. Heute sind die Ausländer noch unterlegen, aber sie werden sich niemals damit abfinden, daß sie wie das letzte Viehzeug behandelt werden.

Es kommt einmal der Tag, wo kein einziger Türke oder Pakistani, um zu überleben völlig wehrlos, ohne Geld und Sprachkenntnisse ins Unbewisse fahren muß. Dann sind sie nämlich selber die Herren in ihrer Heimat und bauen das Land auf, das die Imperialisten, unter anderen die Deutschen, völlig ruiniert haben. Dieser Tag wird nicht mehr lange nur ein schöner Traum bleiben, da immer mehr Ausländer mutig den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer Heimat und im Ausland aufnehmen

Leserbriefe

Redaktion „Roter Morgen“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Eindrücke von einem Albanien-Urlaub

Liebe Genossen,

diesen Sommer besuchten wir das sozialistische Albanien. Wir sahen ein blühendes Land, konnten große Erfolge in Industrie und Landwirtschaft feststellen, spürten die Herzlichkeit und Gastfreundschaft des albanischen Volkes.

Diesen Sommer hatten ja gerade die chinesischen Experten das Land verlassen, war die Hilfe gestoppt und die chinesische Note veröffentlicht worden. Überall wurde das Verhalten der chinesischen Regierung diskutiert und kritisiert, wurde über das Antwortschreiben der Partei der Arbeit Albaniens gesprochen. Wie stark gerade in diesem Moment die Einheit von Volk und Partei war, wie sehr sich die Richtigkeit der Parole „Leben, kämpfen und arbeiten wie im Belagerungszustand“ bestätigte, wurde auch uns sichtbar.

Bei einem Besuch im Traktorenwerk in Tirana erklärte uns der Arbeiter, der uns herumführte, daß in diesen Tagen gerade der erste albanische Traktor fertiggestellt worden sei — ein Geschenk zum Geburtstag von Enver Hoxha (am 16. 10. — RM). Eine eindeutige Antwort auf das Verhalten der chinesischen Regierung!

In „Zëri i Popullit“ war zu lesen, daß 15 Rentner, nachdem sie in ihrer Stadtteilgruppe die chinesische Note und das Antwortschreiben der Partei der Arbeit Albaniens studiert hatten, beschlossen, zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz in das Kohlenabbaugebiet von Valias zu gehen. Sie richteten ein Schreiben an die Partei, ihren Entschluß zu billigen. Er wurde gebilligt und überall propagiert.

Ähnliches erfuhren wir an allen Orten: Arbeiter erhöhten ihre Normen, bauten in Arbeitseinsätzen nach Feierabend eine Fabrikhalle fertig, die von den chinesischen Experten unter Mitnahme der Konstruktionspläne halbfertig verlassen worden war. Das ganze Volk kämpft unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens und läßt sich ebensowenig unterkriegen wie durch die Blockade der Chruschtschow-Revisionisten in den 60er Jahren — gestützt auf die eigenen Kräfte und gestärkt durch den Marxismus-Leninismus wird es den Sozialismus weiter aufbauen — das ist der vorherrschende Eindruck, den wir bei unserem Aufenthalt in Albanien gewonnen haben!

Grüße aus Skandinavien

Viele kameradschaftliche Grüße aus Skandinavien und herzlichen Dank für Ihre wertvolle Zeitung. Ich bewundere Ihren Mut, für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu kämpfen und auch Opfer zu bringen. Es ist nicht leicht, im heutigen Deutschland, Ihre Ideen und Meinungen zu vertreten. Das gilt für die Bundesrepublik und auch für die DDR. Ich übersende Euch alle zwei Wochen 20 Kr. für den Roten Morgen.

Rot Front,
P. F. aus Malmö

Trifft den Nagel auf den Kopf

Die Rede des Genossen Ernst Aust „Propaganda- oder Kampfpartei“ ist wirklich prima und trifft meiner Meinung nach den Nagel auf den Kopf. Viele Gedanken in meinem Kopf fangen jetzt an sich zu ordnen. Bei uns im Betrieb war die Isolation von den Kollegen zwar nicht so stark, aber den Hebel, um sie richtig zu überwinden, hatte ich auch nicht gefunden. Macht weiter so!

Herzliche Grüße und Rot Front
H. aus Köln

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Hildesheim: 13. 10., 19 Uhr, Reiseberichte: **Albanien 1978.** Haus der Jugend, Raum 15. 2. 11., 20 Uhr: **Die neue albanische Literatur** — Leuchtfeuer des sozialistischen Realismus (am Beispiel des Romans „Kommissar Memo“ von D. Agolli), Haus der Jugend, Steingrube, Raum 10.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103,** Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der vergangenen Woche gingen folgende Spenden anläßlich des 10. Jahrestages der KPD/ML ein:

28.9.	
D. Sch., Bremen	50,00
M. W., Köln	340,00
D. W., Basel	7,50
Zelle Kreuzberg	1.000,00
2.10.	
Kunden des Buchladens „Roter Morgen“, Ludwigshafen	109,43
D. u. P. S., Westberlin	500,00
U. G., Westberlin	30,00
ungenannt, Schleswig	100,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00
3.10.	
A. N., Hamburg	50,00
H. G., Reutlingen	710,00
4.10.	
Stadtteilzelle Wattenscheid	300,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen“, Dortmund	180,00
H. B., Bonn	50,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen“, Westberlin	75,00 150,00
Kunden der Bücherstube, Duisburg	100,00
5.10.	
Stammtisch Kreuzberg	122,70
6.10.	
N. S., Bremen	10,00
OG Wuppertal	330,00
C. S., Dortmund	30,00
U. O., Schorndorf	25,00
insgesamt	4.279,63

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

16.969,16 DM

an Spenden bei uns ein.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Ko.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Ko.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

In diesen Tagen jährt sich zum vierzigsten Mal ein Datum, das unter dem Namen „Münchener Konferenz" in die Geschichte eingegangen ist. Ein Datum, das zum Meilenstein auf dem Weg der Entfesselung des zweiten Weltkriegs wurde. Damals, am 29. September 1938, im fünften Jahr der faschistischen Herrschaft über Deutschland, traf hoher Besuch ein in München, das die Nazis die „Hauptstadt der Bewegung" nannten. Aus London war der Premierminister Camberlain angereist, aus Paris der Ministerpräsident Daladier. Die Herren trafen auf den italienischen Diktator Mussolini und auf den Gastgeber — Hitler.

Das Ergebnis dieser Konferenz, die in Wahrheit eine Verschwörung war, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Mit der Zustimmung der Herren aus Paris und London wurde die Tschechoslowakei den Naziräubern zum Fraß vorgeworfen. Aber, in ihre Hauptstädte zurückgekehrt, ließen sich Chamberlain und Daladier als Helden, als Friedensstifter feiern. Durch ihre Unterschrift unter das „Münchener Abkommen", die den Untergang der Tschechoslowakei besiegelte, hätten sie die Ansprüche des Herrn Hitler ein für alle Mal erfüllt. Nun wäre der Friede in Europa gesichert.

40 Jahre „Münchener Konferenz"

Der Friede gesichert? Den gab es längst nicht mehr. 1935 hatten die Truppen Mussolinis Abessinien (das heutige Äthiopien) überfallen und einen blutigen Raubkrieg in Afrika angezettelt. Nur ein Jahr später organisierten die deutschen und italienischen Faschisten mit der Hilfe des Generals Franco den Angriff auf die spanische Republik. Wieder ein Jahr später brachen die japanischen Faschisten in Nord- und Zentralchina ein, besetzten sie Peking und Schanghai. Im März des Jahres 1938 schließlich, nur zwei Tage vor einer Volksabstimmung über die nationale Unabhängigkeit, die 1,6 Millionen Österreicher mit Protestresolutionen erzwungen hatten, riss die Wehrmacht die Grenzschranken nieder und marschierte in Österreich ein.

Nichts war also lächerlicher, als in den Tagen von „München", im Herbst 1938, vom Frieden oder gar der Sicherung des Friedens, zu sprechen. In Deutschland, Italien und Japan, war von der Bourgeoisie die faschistische Terrorherrschaft errichtet worden. Und hemmungslos wurde die Kriegsproduktion vorangetrieben, wurde die Wirtschaft dieser Länder in den Dienst der Raubfeldzüge gestellt. Nur ein Beispiel: 1933 wurden in Deutschland 6 Prozent des Volkseinkommens für die Rüstungsproduktion aufgewandt, 1937 waren es schon 22 Prozent.

Der deutsche Faschismus war überdies mit einem in seiner Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Kriegsprogramm an die Macht gekommen. So hieß es in Hitlers Programmschrift „Mein Kampf":

„Wir Nationalsozialisten ziehen bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung der Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen."

Die oben erwähnten kriegerischen Ereignisse der dreißiger Jahre zeigten zudem, daß solche unverhohlenen Raub- und Kolonialpläne nicht nur ein Traum, sondern schon unmittelbare Wirklichkeit waren. Der deutsche Imperialismus und mit ihm (im „Antikomintern-Pakt" verbunden) der japanische und italienische Imperialismus schickten sich an, den Krieg für die Neuaufteilung der Welt zu führen. Ob in China oder Nordafrika, ob in Spanien oder schließlich im Jahr 1938 mit der Forderung Hitlers nach Einverleibung der Tschechoslowakei — überall drangen die faschistischen Staaten weit in die Interessengebiete der französischen, britischen und amerikanischen Imperialisten ein. Und trotzdem gab es von deren Seite keinen Widerstand, ließen sie Deutschland, Japan und Italien gewähren, übergaben Chamberlain und Daladier den deutschen Faschisten schließlich die Tschechoslowakei.

Warum? Hatten sich die Herren in London und Paris über das aggressive Wesen, die Maßlosigkeit ihrer Konkurrenten aus Berlin, Tokio und Rom getäuscht? Waren sie etwa wirklich in dem Glauben befangen, durch Stillhalten vor den faschistischen Räubern schließlich den Weltkrieg verhindern zu können? Sehen wir uns — um eine Antwort auf diese Fragen zu finden — die Ereignisse vor der Münchner Konferenz einmal etwas näher an.

Die Tschechoslowakei wird den Naziräubern zum Fraß vorgeworfen

Zu Beginn des Jahres 1938 bestand im Westen der Tschechoslowakei, im Sudetengebiet eine relativ starke faschistische Partei, die nach ihrem Führer die Henlein-Partei genannt wurde. Sie stützte sich auf einen Teil der deutschen Bevölkerung dieses Gebiets, die als nationale Minderheit auf dem Territorium des tschechoslowakischen Staates lebte. Diese Partei forderte als Sprachrohr Hitlers die Lostrennung des Sudetengebietes und seine Angliederung an das Deutsche Reich. Sie war von der SS und der Wehrmacht bis an die Zähne aufgerüstet worden. Und ihre Instrukteure waren SS-Leute, die Himmler zu diesem Zweck abkommandiert hatte.

Die Absicht der Faschisten war offenkundig. Mit Hilfe ihrer fünften Kolonne im Sudetengebiet wollten sie bewaffnete Provokationen organisieren, das Nationalitätenproblem anheizen und dann unter dem Vorwand des „Schutzes der deutschen Bevölkerung" in die Tschechoslowakei einmarschieren. (Genauso haben sie dann später auch den Überfall auf Polen vorbereitet.) Für die Nacht auf den 21. Mai 1938 war von Berlin das bewaffnete Losschlagen der Henlein-Leute beschlossen.

Am 19. werden SS- und Wehrmachtsformationen an der Grenze zur Tschechoslowakei zusammengezogen. Aber einen Tag später marschiert die tschechische Armee in die Grenzgebiete ein. Zehntausende sudetendeutscher und tschechischer Antifaschisten bilden bewaffnete Arbeiterwehren und sichern den Schutz der Grenze. Der Henlein-Putsch bricht zusammen, Wehrmacht und SS müssen sich zurückziehen. Im September dann noch einmal das gleiche Bild. Im Berliner Sportpalast tobt Hitler über die „Unterdrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei". Das könnten sich die 80 Millionen Deutschen des Reiches nicht gefallen lassen. Offen stellt er die Existenz des tschechoslowakischen Staates überhaupt in Frage.

Das ist das Signal für die Henlein-Partei zum erneuten Putschversuch. Sie ruft den Generalstreik aus. Aber dieser Appell stößt auf die einmütige Ablehnung der sudetendeutschen Arbeiter. Wieder scheitert der Putsch. Henlein und seine Bande müssen nach Deutschland fliehen. Zweimal hatten die deutschen Imperialisten ihre Klauen nach dem Nachbarland ausgestreckt. Zweimal sind sie energisch zurückgeschlagen worden. Das war ein großer Sieg der antifaschistischen Kräfte nicht nur in der Tschechoslowakei. Er stärkte die Positionen der friedliebenden und antifaschistischen Kräfte in der ganzen Welt.

Diese Situation hätten die Regierungen in London und Paris benutzen können, um politische, diplomatische und wirtschaftliche Schritte gegen Hitlerdeutschland einzuleiten. Beispielsweise hätte Frankreich eine Erklärung abgeben können, daß es seine Bündnispflichten gegenüber der Tschechoslowakei einhalten werde. Auch die Sowjetunion hatte einen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei abgeschlossen, den sie in diesen Tagen ausdrücklich bestätigte. Paris und London hätten auch einen Wirtschaftsboykott über die faschistischen Aggressoren verhängen können, so wie die Sowjetunion schon nach dem Überfall auf Abessinien einen Boykott gegen Italien verhängt hatte. Weiter hätten die französischen und britischen Imperialisten Maßnahmen zur Verteidigung der spanischen Republik einleiten können, so wie sie von der Sowjetunion schon 1936 ergriffen wurden. All das hätte zu einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise in Hitlerdeutschland geführt, hätte den Aggressoren einen empfindlichen Schlag versetzt und tatsächlich einer Ausweitung des Krieges entgegengewirkt.

Ja, sie hätten können! Aber sie wollten nicht. Bezeichnend für die Haltung der französischen und britischen Imperialisten in jenen Tagen ist der folgende Notenwechsel. Am 17. März erklärt die Sowjetunion ihre Bereitschaft,

„mit anderen Mächten sofort im Völkerbund oder anderwärts über praktische Maßnahmen zu verhandeln, um die weitere Entwicklung der Aggression aufzuhalten und die wachsende Gefahr eines neuen Weltgemetzels zu beseitigen." Und was hat darauf die Regierung in London zu antworten? Die Herren erklären, daß eine Konferenz zur Durchführung „gemeinsamer Handlungen gegen die Aggression nach Meinung der Regierung Seiner Majestät nicht unbedingt eine günstige Wirkung auf die Perspektiven des europäischen Friedens ausüben wird."

Wahrhaftig sie wollen nicht. Sie wollen nicht an der Organisierung des Widerstands gegen die faschistische Aggression teilnehmen. Stattdessen sucht Chamberlain Hitler zu Geheimgesprächen in dessen Räuberhorst Berchtesgaden auf. Und die Bedingungen Hitlers teilt er dann der Regierung in Prag als Ultimatum mit, hinter dem auch England und Frankreich stehen: Die Einheit der Tschechoslowakei soll zerstört, das Sudetengebiet und die Grenzbefestigungsanlagen an Hitler übergeben werden. Ferner soll die Tschechoslowakei alle Bündnisverträge mit anderen Ländern liquidieren. Dafür wollen dann die Herren aus Paris und London den Bestand der Rest-Tschechoslowakei garantieren.

Der tschechische Staatspräsident Benes weist diese Zumutung zurück. Aber darum scheren sich die Herren wenig. Am 29. September tritt dann die „Münchner Konferenz" zusammen und besiegelt das Komplott. Die Tschechoslowakei wird mit ihren Menschen, mit ihren Naturreichtümern, der entwickelten Industrie und den modernen Waffenschmieden den Faschisten zum Fraß hingeworfen — ohne daß ein Vertreter der Prager Regierung irgendwann einmal um seine Meinung gefragt worden wäre.

Der Rest ist nur noch eine Frage der Zeit. In Prag wird eine neue, kapitulationswillige Regierung gebildet. 1. Oktober: Die Wehrmacht marschiert ins Sudetengebiet ein. Und kein halbes Jahr später holt sich Hitler die Slowakei. Fast gleichzeitig — am 15. März 1939 — rollen die deutschen Panzer durch die Straßen Prags. Das ganze Land steht jetzt unter der militärischen Besatzung der deutschen Imperialisten. Schrankenlos wütet der faschistische Terror. Und die Regierungen in London und Paris sehen zu, wie Hitler auch noch das schändliche Münchener Abkommen bricht.

So haben diese Herren, ohne mit der Wimper zu zucken, ein ganzes Volk den faschistischen Henkern ausgeliefert. Wie die oben beschriebenen Ereignisse zeigen, haben sie die fortschreitenden Aggressionen der faschistischen Staaten nicht nur geduldet, sondern sogar aktiv gefördert. Warum?

Die angebliche Politik der „Nichteinmischung" — ein eiskaltes imperialistisches Komplott

Auf dem 18. Parteitag der KPdSU (B) im März 1939 stellte Stalin fest: „Somit vollzieht sich vor unseren Augen eine offene Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären auf Kosten der Interessen der nichtaggressiven Staaten, wobei diese keinerlei Versuche zur Abwehr unternehmen, in gewisser Weise sogar jene begünstigen.

Unglaublich, aber wahr.

Wodurch ist dieser einseitige und seltsame Charakter des neuen imperialistischen Krieges zu erklären? ... Die wichtigste Ursache besteht darin, daß sich die meisten nichtaggressiven Länder und vor allem England und Frankreich von der Politik der kollektiven Sicherheit, von der Politik der kollektiven Abwehr der Aggressoren losgesagt haben, daß sie die Position der Nichteinmischung, die Position der ‚Neutralität' bezogen haben.

Formal gesehen könnte man die Politik der Nichteinmischung wie folgt charakterisieren: ‚Jedes Land möge sich gegen die Aggressoren verteidigen, wie es will und wie es kann, wir scheren uns nicht darum, wir werden sowohl mit den Aggressoren als auch mit den Opfern der Aggression Handel treiben.' In Wirklichkeit bedeutet jedoch die Politik der Nichteinmischung eine Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werks nicht zu hindern, zum Beispiel Japan nicht zu hindern, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulässen, alle Kriegsteilnehmer tief in dem Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im Stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, daß sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und natürlich ‚im Interesse des Friedens' aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren . ...

Man trat Deutschland Österreich ab, ungeachtet der Verpflichtung, die Selbständigkeit Österreichs zu verteidigen, man trat ihm das Sudetengebiet ab, überließ die Tschechoslowakei ihrem Schicksal, womit man allen und jeden Verpflichtungen zuwiderhandelte, und begann dann in der Presse lärmend zu lügen, daß die ‚russische Armee schwach', die ‚russische Luftflotte zersetzt' sei, daß es in der Sowjetunion ‚Unruhen' gebe, wodurch man die Deutschen anstachelte, weiter nach Osten vorzustoßen, ihnen leichte Beute versprach und ihnen zuredete: Fangt nur den Krieg gegen die Bolschewiki an, weiter wird alles gut gehen. Man muß zugeben, daß dies ebenfalls einem Antreiben, einer Ermunterung des Aggressors sehr ähnlich sieht. ...

Der Gedanke liegt nahe, man habe den Deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Kaufpreis für die Verpflichtung gegeben, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen, daß sich aber die Deutschen nunmehr weigern, den Wechsel einzulösen, und den Gläubigern die Türe weisen."

(Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag, Stalin, Werke, Bd. 14, S. 187 - 190)

Diese glänzende Analyse Stalins hat sich in der Folgezeit vollauf bestätigt. Nicht nur, daß „München" die Entfesselung des Weltkriegs bedeutete. Auch, daß die deutschen Imperialisten „den Wechsel" vorerst nicht einlösten, sondern erst das mit Frankreich verbündete Polen und dann schließlich Frankreich selbst überfielen, daß sie erst das halbe Europa unter ihre Herrschaft brachten, bevor sie es wagten, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.

Schließlich hat sich auch das unwiderlegbar als richtig erwiesen, was Stalin schon 1939 über die aktiv kriegstreiberische Rolle der englischen und französischen Imperialisten sagte. Der siegreichen Roten Armee sind bei ihrem Stoß auf das Herz der faschistischen Bestie unzählige Dokumente in die Hände gefallen, die Aufschluß geben über die Geheimverhandlungen zwischen Berlin, London und Paris, über den Inhalt der Komplotte, die dort geschmiedet wurden. Hier sei nur eines dieser Dokumente angeführt. Es betrifft ein Gespräch, das der britische Minister Halifax am 19. November 1937 auf dem Obersalzberg mit Hitler führte und von dem der Reichsaußenminister Neurath die folgende Aufzeichnung machte:

Halifax erklärte, „er, Lord Halifax, und andere Mitglieder der englischen Regierung seien sich dessen bewußt, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes erreicht habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne."

(Aus dem Archiv des deutschen Außenministeriums, nach „Geschichtsfälscher", S. 21).

So war „München" nicht Schwäche, nicht ängstliches Zurückweichen der britischen und französischen Imperialisten. Es war der eiskalt geplante Versuch, mit Hilfe des faschistischen Terrorregimes die revolutionäre Bewegung in Europa auszurotten und schließlich das erste Land des Sozialismus, die Sowjetunion Lenins und Stalins in den Krieg zu stürzen und entscheidend zu schwächen. Aber die Geschichte nahm bekanntlich einen anderen Verlauf. Auf den Überfall des faschistischen Militärapparats auf die Sowjetunion folgte nicht die Niederlage des sozialistischen Staates, sondern die Zerschlagung der Aggressoren und ihres „Dritten Reichs"; folgte nicht die Vernichtung des Kommunismus in Europa, sondern die Befreiung einer Reihe von Völkern vom Joch ihrer Unterdrückung und die Entstehung eines sozialistischen Lagers.

Frankreich: Fischer verhindern Manöver

Korsische Fischer besetzten die kleine Insel La Vecca. Damit verhinderten sie ein Manöver der französischen Kriegsmarine, das in den Gewässern um die Insel stattfinden sollte. Die Fischer führten diese Aktion durch, weil sie befürchteten, daß durch den Beschuß durch die Kriegsschiffe die kleine unbewohnte Insel zerstört werden würde.

Britannien: Docker solidarisch mit Ford-Arbeitern

Tatkräftige Unterstützung für die im Streik stehenden etwa 57.000 Arbeiter der britischen Fordwerke haben jetzt die Hafenarbeiter angekündigt. Sie wollen während des Lohnkampfes keine Verladearbeiten für den Fordkonzern übernehmen, um zu verhindern, daß Wagen aus den anderen europäischen Werken des Konzerns auf den britischen Markt geschleust werden. (Aus den westdeutschen Fordwerken in Köln und Saarlouis sind in diesem Jahr bis zum Streikbeginn 68.000 Wagen nach Britannien exportiert worden.)

Italien: Faschistischer Mörder entflohen

Franco Freda, einer der Führer der italienischen Faschisten, ist untergetaucht. Freda war Hauptangeklagter in einem Prozeß gegen die Verantwortlichen des Massakers von Mailand, bei dem 1969 14 Menschen den Tod fanden. Die italienische Klassenjustiz hatte damals willkürlich Angehörige der Linken der Mordtat beschuldigt und mehrere von ihnen ins Gefängnis geworfen. Erst anhaltende Proteste und Massenkämpfe der italienischen Werktätigen führten dazu, daß gegen die wahren Schuldigen ermittelt wurde. Aber obwohl eindeutige Beweise vorlagen, daß Freda der Hauptverantwortliche für das Blutbad ist, wurde der Massenmörder unter Auflagen aus dem Gefängnis entlassen. Dieses skandalöse Entgegenkommen der Justiz benutzte er zu seiner Flucht.

Türkei: Faschistischer Mordterror

Unter den Augen der türkischen Behörden setzen die faschistischen Banden ihren Mordterror gegen die Werktätigen fort. Allein in Istanbul wurden in der letzten Woche fünf Menschen, darunter zwei Mädchen, von ihnen erschossen. Der Boss der faschistischen Mordbande „Graue Wölfe", die in völliger Legalität ihre Verbrechen verüben kann, forderte erneut die Verhängung des Kriegsrechtes in der Türkei.

Tunesien: Todesstrafe für Gewerkschafter gefordert

Am 26. Januar dieses Jahres hatten die tunesischen Werktätigen mit einem Generalstreik und Massendemonstrationen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gekämpft. Mit nackter faschistischer Gewalt ging damals das Regime gegen die Streikenden vor. Mehr als 100 Werktätige fielen unter dem Gewehrfeuer der Armee. Um die Bilanz des Terrors voll zu machen, wurden 30 Gewerkschafter inhaftiert und des „Umsturzversuches" angeklagt. In der vergangenen Woche forderte die Anklagevertretung vor dem Staatssicherheitsgericht für sie die Todesstrafe.

China: Pinochet kommt!

Ende dieser Woche wird der Außenminister der faschistischen Diktatur Chiles, Hernan Cubillos, in Peking empfangen. Vor seiner Abreise teilte er mit, daß in nächster Zeit auch der Chef der chilenischen Faschisten, Pinochet, nach China reisen will.

Israel: Streik bei Post und Rundfunk

Um ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen durchzusetzen, sind die Postangestellten und die Techniker bei Rundfunk und Fernsehen in den unbefristeten Streik getreten. Die gesamte Brief- und Telegrammzustellung kam zum Erliegen. Radio und Fernsehen mußten ihr Programm auf das Ausstrahlen der Nachrichten beschränken.

USA: Die größten Waffenexporte aller Zeiten

Mehr Waffen als jemals zuvor haben die amerikanischen Imperialisten im abgelaufenen Haushaltsjahr 1978 verkauft. Nach vorläufigen Angaben aus dem Kriegsministerium erreichten die Waffenexporte bis zum 30. September einen Wert von umgerechnet 27,4 Milliarden Mark. Das waren 4,6 Milliarden Mark mehr als im vergangenen Jahr. Die Bundeswehr ist an diesen Käufen mit 1,3 Milliarden Mark beteiligt gewesen. Das war gegenüber dem vorigen Jahr eine Verdoppelung des Einkaufs amerikanischer Waffen.

Jugoslawien: Tausende von Millionären

Auf einer ZK-Sitzung des „Bundes der Kommunisten" in Zagreb gab der führende jugoslawische Revisionist Jure Bilic zu, daß es „Tausende von Millionären im privaten Wirtschaftssektor Jugoslawiens" gibt.

1. Antiimperialistische Konferenz der Völker Spaniens und Portugals

Mit dieser Konferenz wollen sich die Patrioten und Antiimperialisten aus Spanien und Portugal ein Forum schaffen, auf dem sie über gemeinsame Schritte im Kampf gegen die Imperialisten, voran die amerikanische Supermacht, die den Völkern der Iberischen Halbinsel im Nacken sitzen, beraten können.

Auch die deutschen Antiimperialisten sind aufgerufen, die Konferenz zu unterstützen. Gehört doch auch der westdeutsche Imperialismus zu den internationalen Räubern, die sich die Reichtümer Spaniens und Portugals aneignen.

Am Samstag, den 21. Oktober werden in Frankfurt eine Informationsveranstaltung und eine Pressekonferenz durchgeführt, auf denen die Ziele der 1. Antiimperialistischen Konferenz erläutert werden (um 11 Uhr im Haus der Jugend, Deutschherrenufer). Es spricht unter anderem der Genosse Blanco Chivite, der von der faschistischen Franco-Diktatur zum Tode verurteilt und später freigekämpft wurde.

Die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Irans in den Septemberkämpfen

Im September dieses Jahres erlebte das Schah-Regime im Iran die bisher schwersten Erschütterungen. Die Kämpfe von Millionen und Abermillionen, die sich, obwohl unbewaffnet, auch von den Gewehren und Kanonen der Militärs nicht aufhalten ließen, brachten den Pfauenthron ins Wanken. Mit einem Bericht über diese Ereignisse erreichte uns in der letzten Woche ein Brief der jungen und in der tiefsten Illegalität kämpfenden Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran.

Die iranischen Genossen schreiben: „Unsere Partei hat, zusammen mit anderen Kräften, trotz ihrer Jugend an allen Kämpfen im Iran aktiv teilgenommen. Besonders seit Mittwoch, dem 7. September (der Tag, an dem sich die Auseinandersetzungen verschärften — RM) ergriff die Partei verstärkt die Initiative und wurde bei den Demonstrationen von Tausenden von Menschen in den Regionen Djyvadie, Naziabat, Kochtarga und Saddastga zur führenden Kraft.

Die Partei hat dabei eine intensive und große Pressekampagne zur Verurteilung des Schah-Regimes durchgeführt. Das Zentralorgan der Partei, Flugblätter des Zentralkomitees und Flugblätter der Regionalkomitees der Partei wurden in großen Auflagen im ganzen Iran verteilt." Ein Beispiel dafür, wie die iranischen Kommunisten das Volk aufklärten und zum Kampf mobilisierten, ist ein Flugblatt, das die Jugendorganisation der Partei am 4. 9. 78 verteilte. Unter der Überschrift „Es lebe das Volk, nieder mit dem Schah!" entlarven die jungen Kommunisten, daß der Austausch der Minister, den der Schah vorgenommen hatte, nichts als ein Manöver ist. Die jungen Kommunisten beweisen in ihrem Flugblatt, daß die Maßnahmen, die der Schah getroffen hat, wie die Schließung einiger Offizierskasinos, die Änderung des Kalenders oder der Austausch von Ministern überhaupt nichts ändern, daß das Volk das blutige Schah-Regime nicht anders stürzen kann als durch seinen Kampf. Wörtlich heißt es:

„Gegenwärtig kommandieren 60.000 US-Militärberater unsere Armee. Alles Erdöl und die Bodenschätze werden durch die Amerikaner und andere Imperialisten geplündert und geraubt. Das Erdgas wird von den sowjetischen Sozialimperialisten gestohlen. Und jetzt kommen auch die Chinesen, um sich auch einen Anteil am Kuchen Iran zu holen. Alle diese Kräfte wollen uns mit vereinten Kräften glauben machen, daß es im Iran Freiheit gibt. Aber die Veränderungen im Ministerium gleichen der Situation in Spanien. Auch dort wollte man nach dem Tod des Diktators Franco seinen Nachfolger, den Reaktionär Juan Carlos, als Kämpfer für Freiheit und Demokratie hinstellen. Aber das spanische Volk hat dieser Maskerade keinen Glauben geschenkt. Und genauso wird ihnen auch das iranische Volk niemals Glauben schenken." Anschließend wird in dem Flugblatt zur Zerschlagung des Regimes und zur Errichtung eines Volksgerichts aufgerufen, das den Schah und seine Familie verurteilen wird. Wörtlich heißt es: „Die klassenbewußten Arbeiter des Irans haben ihren Weg erkannt und wissen, daß sie nur unter der Führung unserer Partei, der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Irans den Sieg erringen werden. Sie wissen, daß sie nur unter der Führung dieser Partei die Armee aufbauen können, die sie brauchen, um zu siegen."

Im iranischen Volk haben bestimmte Moslemführer, die als Gegner des Schahs auftreten, einen großen Einfluß. Die Partei hat sich bemüht, diesen Einfluß zu bekämpfen und hat es auch in zahlreichen Städten geschafft, daß die Massen nicht unter religiösen Parolen auf die Straße gingen, sondern unter den politischen, radikalen Parolen der Partei demonstrierten. Dabei kämpfte die Partei gleichzeitig für die Einheit von Moslems und anderen Werktätigen. Ein Beispiel dafür sind die Ereignisse in einem Stadtviertel von Teheran. In dem Brief heißt es:

„Am 7. 9. verteilte das Komitee 29 Bahman in allen Bereichen des Viertels sein Flugblatt Nr. 5, worin den Werktätigen erklärt wurde, wie am nächsten Tag gekämpft werden sollte. Bei den Demonstrationen am gleichen Tag hatten unsere Sympathisanten eine große Gefahr abwenden können, die Gefahr nämlich, gegen die Moslems zu kämpfen, was zu einer tragischen Situation geführt hätte. Am 8. 9. fand dann auf dem Jale-Platz eine andere Demonstration statt. Dort wurde ein weiteres Flugblatt verteilt, in dem die Partei an die Moslems appellierte: Kommunisten und Moslems, wir sind alle Antifaschisten, wir dürfen uns nicht bekämpfen. Im Laufe dieser Demonstration lag die politische Führung dann für kurze Zeit in den Händen der Partei. Antiimperialistische und Parolen gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurden ausgegeben und von den Massen aufgenommen. Diese Demonstration endete, wie viele andere, in einem Massaker. Sein drittes Flugblatt verteilte das Parteikomitee dann nach dem großen Massaker in Teheran, das 3.500 Tote forderte. (Auf dem Friedhof von Behechtezahra haben unsere Genossen die Nummern von mehr als 3.500 offiziell Getöteten gesehen.)

Unsere Genossen sahen, wie elf Offiziere auf offener Straße erschossen wurden, weil sie den Befehl verweigert hatten. Auf dem Platz Jale sahen sie, daß ein Soldat seinen Offizier tötete und seine Waffen dem Volk gab! Fünf Soldaten haben sich vor dem Volk selbst getötet, drei Soldaten haben mit ihren Gewehren ihre Offiziere getötet und sind anschließend geflohen. Ein General wurde vom Volk gelyncht. Im Verlauf von drei Tagen wurden mindestens 10.000 Menschen getötet und 20.000 verletzt. Darunter waren natürlich auch Genossen und enge Sympathisanten unserer Partei.

Die ‚Todeskommandos', die sich bei den Massakern am Volk am meisten hervortaten, waren aus Israel geschickt, darunter auch die, die von Hubschraubern herab auf das Volk schossen. In verschiedenen Vierteln von Teheran, wo es Barrikaden gab (zum Teil auf Initiative der Partei) oder wo der Widerstand gegen die Armee sehr heftig war, schoß die Armee mit Kanonen und verwandelte ganze Viertel in Trümmerhaufen.

Dabei wurde eine große Zahl von Oppositionellen auf offener Straße erschossen, weil sie sich im Verlauf der ‚Mini-Demokratisierung' seit acht Monaten dem Regime zu erkennen gegeben hatten."

Abschließend heißt es in dem Brief: „Im Iran ist der Kampf des Volkes nicht beendet. Weder die Demagogie, noch die Massaker können den heldenhaften Kampf aufhalten. Unsere Partei hat sich in der Prüfung dieser Kämpfe gestärkt."

Die Ereignisse seit dem September bestätigen diese Einschätzung. Denn kein Tag ist seitdem vergangen, an dem die Werktätigen nicht mit Streiks oder Demonstrationen gegen ihre schlechte Lage und gegen das Schah-Regime protestiert hätten. So als in Teheran — trotz Kriegsrecht — ein Aufruf zum Generalstreik fast vollständig befolgt wurde. So als in elf Städten im Westen des Irans machtvolle Demonstrationen organisiert wurden und es wieder zu blutigen Polizeieinsätzen kam. So auch in der Streikwelle unter den Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten in Staatsbetrieben, Banken und Erdölgesellschaften. Dies alles zeigt: Der Kampf geht weiter. Und die Völker des Irans werden ihn erst beenden, wenn das verhaßte Schah-Regime gestürzt und die ausländischen Imperialisten aus dem Land gejagt sind.

Wissenschaftliche Konferenz in Tirana

Demonstration der marxistisch-leninistischen Einheit

In den ersten drei Oktobertagen fand in Tirana, der Hauptstadt Albaniens, eine wissenschaftliche Konferenz unter dem Thema „Probleme der heutigen Weltentwicklung" statt. An dieser Konferenz, die vom „Institut für marxistisch-leninistische Studien" beim ZK der Partei der Arbeit Albaniens organisiert wurde, nahmen nicht nur führende Genossen und Werktätige aller gesellschaftlichen Bereiche Albaniens teil, sondern auch ausländische Gäste. Unter ihnen auch Genosse Horst Dieter Koch als Vertreter unserer Partei.

In ihrer Eröffnungsrede betonte Genossin Nexhmije Hoxha, Mitglied des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Direktorin des „Instituts für marxistisch-leninistische Studien", daß diese Konferenz Teil einer Reihe von Anstrengungen sei, mit denen die Partei der Arbeit Albaniens und das gesamte albanische Volk die grundlegenden Analysen des VII. Parteitags vertiefen wollen. Sie erklärte: „Unsere großen Lehrer Marx, Engels, Lenin und Stalin lehren uns, daß die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien, ihre unaufhörliche Revolutionierung, ihre enge Verbindung mit den Massen, die monolithische internationalistische Einheit der wahren marxistisch-leninistischen Parteien überall in der Welt die entscheidenden Faktoren für den Triumph der Revolution sind."

Mit genau diesen grundlegenden Problemen befaßte sich diese Konferenz sehr umfassend und gründlich. Vier Vorträge standen zu Beginn. Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, sprach über das Thema „Die Revolution — ein Problem, das zur Lösung ansteht". Genossin Fiqret Shehu, Mitglied des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Direktorin der Parteihochschule W. I. Lenin, hielt den Vortrag „Die Erweiterung und Vertiefung des Kampfes gegen alle Strömungen des modernen Revisionismus ist eine historische Notwendigkeit". „Die marxistisch-leninistischen Parteien — die führende Kraft in der heutigen revolutionären Bewegung" und „Die Außenpolitik der PAA und unseres sozialistischen Staates ist eine Politik der proletarischen Prinzipien" waren Themen der Vorträge von Professor Agim Popa und Professor Sofokli Lazri. Anschließend wurde in 33 Referaten von albanischen und ausländischen Genossen ein breites Spektrum von Problemen, vor denen die marxistisch-leninistischen Parteien stehen, analysiert und vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus erläutert. Genosse Koch, der Vertreter unserer Partei, sprach dort über die Ansichten und Erfahrungen unserer Partei in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit.

Diese Konferenz, über deren Ergebnisse wir an anderer Stelle ausführlich berichten werden, ist ein bedeutender Beitrag der albanischen Genossen zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit und Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien und unserer Partei, und alle teilnehmenden Parteien werden von ihr viel lernen können für den Kampf, den sie in ihren Ländern für den Sieg des Sozialismus führen.



19. September: Ein langer Demonstrationszug windet sich durch die Straßen der nordfranzösischen Stadt Valenciennes. 10.000 Arbeiter — in erster Linie Beschäftigte des Stahlkonzerns Usinor — sind aufmarschiert, um dem bislang schärfsten Angriff der Stahlbarone und der Regierung auf ihre Arbeitsplätze den Kampf anzusagen. Am gleichen Tag, nur wenige Kilometer von Valenciennes entfernt, blockieren Kollegen von Usinor die Autobahn Brüssel-Paris. Und die Stahlwerker von SCNM sperren die Nationalstraße 48. Auch in den Stahlzentren Lothringens (Ostfrankreich) schließen sich Tausende zu Protestdemonstrationen zusammen, werden über mehrere Stunden Straßen und Autobahnen blokkiert. Die erste Antwort der französischen Stahlarbeiter auf ein „Sanierungsprogramm", das 40.000 den Arbeitsplatz kosten soll.

Französische Stahlindustrie



„Sanierung" auf Kosten der Werktätigen



Lothringische Stahlarbeiter demonstrieren gegen Massenentlassungen.

Der Plan

Einen Plan zur Rettung der Stahlindustrie nennen Staatspräsident Giscard und sein Regierungschef Barre dieses Programm, die größte Sanierungsaktion, die jemals der französische Staat durchgeführt hat. Aber was soll gerettet, was soll saniert werden? Da ist zunächst einmal der riesige Schuldenberg, den die Stahlbarone aufgehäuft haben. Mit 40 Milliarden Francs stehen sie beim Staat, bei den staatlichen Banken und privaten Gläubigern in der Kreide. Allein die Begleichung der Zinsen schluckt jährlich 13 Prozent des Umsatzes (zum Vergleich: In der Stahlindustrie der Bundesrepublik sind es 3 Prozent).



Stahlindustrie = schwarze Flächen

Hier setzt der „Rettungsplan" an. Die gewaltigen Schulden werden einfach umverteilt. Und wem werden sie aufgelastet? Den Werktätigen! Konkret sieht das so aus:

- Die Schulden beim Staat und bei den Banken werden entweder ganz erlassen oder in Aktienkapital bei den Stahlkonzernen umgewandelt.
- Die etwa 13,5 Milliarden, die sich die Stahlbarone bei privaten Geldgebern zusammengepumpt haben, werden auf eine öffentliche „Abschreibungskasse" übertragen, also faktisch ebenfalls vom Staat übernommen.
- Für ganze 6 Milliarden, vor allem im Ausland aufgenommene Gelder, müssen die Stahlkapitalisten selbst aufkommen.

Bleiben also rund 34 Milliarden, die den werktätigen Steuerzahlern Frankreichs aus der Tasche gezogen werden. Damit wären dann die Schulden saniert. Aber das ist noch nicht alles. Mit der Verwirklichung dieses Programms wird der französische Staat direkt 15 Prozent des Aktienkapitals an den drei größten Stahlkonzernen Usinor (37.000 Beschäftigte), Chiers-Chatillon (11.000) und Sacilor (40.000) halten. Über die staatlichen Banken jedoch wird er indirekt insgesamt 85 Prozent des Kapitals kontrollieren. Man kann also dabei durchaus von einer faktischen Verstaatlichung dieser Konzerne sprechen.

Und diese Verstaatlichung dient eben nicht nur der Umwälzung der Schulden auf die Werktätigen. Das ist nur ein Teil der „Rettungsaktion". Giscard hat noch Größeres im Sinn. „Frankreich soll siegen" — unter diese Parole stellte er sein Programm. Im Klartext bedeutet das: Die französische Stahlindustrie soll in dem gnadenlosen Konkurrenzkampf, der auf dem Weltmarkt entbrannt ist, in die Offensive gehen. „Konkurrenzfähigkeit" — das ist in Frankreich wie bei uns in der Bundesrepublik, in Belgien, Japan oder sonstwo das Zauberwort der Monopole und ihrer Regierungen. Aber wenn Giscard sagt, „Frankreich soll siegen", und damit den Konkurrenzkampf der Monopole zu einer Sache der ganzen Nation machen will, dann ist doch eines klar: siegen wird dabei höchstens das Frankreich der Stahlbarone. Verlieren werden in jedem Fall die Werktätigen.

Sehen wir uns einige Zahlen an, die die Lage in der internationalen Stahlindustrie kennzeichnen. Für die Produktion von einer Tonne Stahl wurden aufgewandt:

	1975	1977
Frankreich	12,25 Std.	11 Std.
DBR	9 Std.	8 Std.
Japan	7 Std.	5 Std.

Diese Zahlen vermitteln zum .einen ein Bild von dem Tempo, in dem die Produktivität innerhalb von zwei Jahren gestiegen ist. Und hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich das ganze Ausmaß des Rationalisierungsterrors, der gesteigerten Arbeitshetze, denen die Stahlwerker ausgesetzt sind. Zum anderen zeigt sich darin auch, daß im Vergleich zu ihren westdeutschen oder japanischen Konkurrenten für die französischen Stahlbarone hier noch „einiges zu holen" ist. Folgerichtig sieht der „Rettungsplan" auch eine vollständige Umstrukturierung der Stahlindustrie vor:

- Durch die Übernahme in die Hände des Staates wird fast die ganze Branche in einem einzigen Monopol konzentriert.
- Die Produktion wird in den modernsten Anlagen zusammengefaßt, „unrentable" Werke werden geschlossen.
- Die Produktion von wenig profitablen Produkten wie Profilstahl wird eingestellt.

Damit wird nur eine Entwicklung auf die Spitze getrieben, die sich schon seit langem abzeichnet. Nehmen wir nur einmal die großen Stahlwerke Lothringens. Hier wird heute noch etwa die Hälfte des gesamten französischen Stahls produziert. Aber schon lange denken die Bosse nicht mehr daran, hier in größerem Umfang zu investieren. Sie haben neue Stahlwerke errichtet, etwa in Dünkirchen (Ärmelkanal) oder Fos (Mittelmeer), wo sie mit modernen Anlagen, neuen ausgeklügelten Antreibermethoden und verringerter Belegschaft billiger produzieren lassen können. Die Werke in Lothringen und in der Gegend von Valenciennes standen eh schon auf der Sterbeliste. Der „Rettungsplan" versetzt ihnen nur den endgültigen Todesstoß.

Und was sind die Folgen für die Stahlarbeiter? Schon im vergangenen Jahr war die Entlassung von 16.000 Kollegen beschlossen worden. Jetzt heißt es, daß **weitere** 10.000 bis 15.000 Stahlwerker „zuviel" sind. Selbst bürgerliche Zeitungen jedoch rechnen mit einem realen Abbau der heute etwa 140.000 Beschäftigten der Stahlindustrie auf 100.000 bis Anfang der achtziger Jahre. 40.000 Kollegen sollen also die Rettung der Profite der Stahlbarone mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen. Und das in einer Situation, wo die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich gerade die 1,5-Millionen-Grenze erreicht hat! Auch hier eine internationale Vergleichszahl:

In nur zwei Jahren, 1974 bis 1976, wurden an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie vernichtet:

Frankreich	2,5 %
DBR	6 %
Belgien	10 %

Wie man sieht, wollen die Stahlbosse in Frankreich jetzt mit einem Schlag nicht nur aufholen, sondern die Arbeitsplatzvernichter in den Nachbarländern noch übertreffen. Sie wollen. Ob sie sich mit ihrem Feldzug gegen die Arbeiterklasse auch durchsetzen, steht noch auf einem anderen Blatt. Schon vor acht Jahren nämlich sind sie mit einem ähnlichen „Rettungsplan" gescheitert. Auch damals warf ihnen der Staat Milliardensubventionen in den Rachen. Da wurden die Kokspreise und die Transporttarife für sie gesenkt, Kredite und Belegschaftsprämien ausgeschüttet. Aber die Massenentlassungen, die schon dieser Plan vorsah, konnten nur zum Teil durchgesetzt werden. Das war ein Erfolg der Kämpfe der Stahlarbeiter, die sich über Jahre hinweggezogen und teilweise militante Formen wie Straßenblockaden angenommen. Es gelang den Stahlwerkern sogar, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden im Jahr 1971 auf 40 Stunden 1975 durchzusetzen.

Die Bosse

Nach dem Willen der Bosse soll der „Rettungsplan" in acht bis zehn Jahren abgeschlossen sein. Bis dahin, so erklärte kürzlich Jaques Ferry, der Chef des Verbands der Stahlkapitalisten, soll die ganze Branche „gesundet" sein, befreit von den Schulden, von den unprofitablen Werken und von 40.000 „überflüssigen" Arbeitern. Und dann? Ja, dann wollen die Stahlbarone die Sache wieder in die eigenen Hände nehmen. Dann wird, so Ferry, die Verstaatlichung damit abgeschlossen, daß den Bossen die — nunmehr „gesundete" — Stahlindustrie wieder in die Hände gelegt wird. Die Stahlwerker haben geblutet, ja das ganze Volk hat gezahlt, nur damit nach einigen Jahren eine Handvoll von Monopolkapitalisten eine bessere Basis für ihren Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt hat.

So vollzieht sich jetzt in Frankreich der gleiche Prozeß wie in unserem Land, wie in allen kapitalistischen Ländern. Je weiter sich die kapitalistische Krise zuspitzt, desto rücksichtsloser wird „saniert" auf Kosten der Werktätigen, zugunsten der Monopolherren und ihrer Profite. In Frankreich sind das etwa die „maitres de forges", die Stahlbarone wie de Wendel oder Schneider. Die Dynastie de Wendel (maßgeblich beteiligt unter anderem an Sacilor) sitzt den Industriearbeitern Lothringens schon seit dem 18. Jahrhundert im Nacken. Die Schneider-Gruppe ist, wie bei uns die Krupps, der maßgebliche Waffenlieferant für viele Kriege gewesen. Seit längerem schon ist diese Gruppe mit der Empain-Gruppe verflochten, die einen entscheidenden Einfluß nicht nur auf die belgische Stahlindustrie hat, sondern auch an der luxemburgischen ARBED beteiligt ist. Der ARBED-Konzern wiederum ist heute der Herr über die saarländische Stahlindustrie.

Wie bei uns, so ist auch in Frankreich das Monopolkapital mit den Spitzen des Staatsapparats verschmolzen. Eine Besonderheit sind dabei die engen verwandschaftlichen Beziehungen zwischen den Dynastien der Monopolherren und den höchsten „Staatsdienern". So sind etwa die de Wendels mit einer Unzahl von Parlamentariern versippt, darunter auch der Ex-Regierungschef Debre. Und aus dem Hause Schneider stammt zum Beispiel die Frau des Staatspräsidenten Giscard.

Die Regionen

Der „Rote Morgen" hat vor kurzem ausführlich über die Lage im Saargebiet berichtet, wo mit Milliardenhilfe aus Bonn der ARBED-Konzern die Stahlindustrie „saniert". Ähnlich wie dort sieht es heute in den französischen Regionen Lothringen oder in der Gegend von Valenciennes aus. Lothringen war einst eine der industriell am meisten entwickelten Provinzen Frankreichs, mit Kohle-, Erz-, Textil- und Stahlindustrie. Heute ist es ein Notstandsgebiet. Längst haben die Unternehmer ihr Kapital anderswo profitträchtiger angelegt. Geblieben ist bis heute nur der Stahl und auch der soll verschwinden.

Ähnlich in der Region von Valenciennes. Man hat dieses Revier in Nordfrankreich oft als die Geburtsstätte des französischen Proletariats bezeichnet. Schon im Jahr der bürgerlichen Revolution 1790 haben hier 4.000 Arbeiter in den Zechen der „Compagnie des mines d'Anzin" geschuftet. 1823 wurde in Trith-Saint-Léger eines der ersten Walzwerke errichtet. Aber 1948 wurde die letzte Zeche in der Region geschlossen. Zehntausende von Bergarbeitern wurden auf die Straße gesetzt, weil die Bergherren aus ihren Knochen nicht mehr genügend Profite herausschlagen konnten. Und jetzt soll auch hier die Stahlindustrie wegrationalisiert werden. Schon heute steht das Gebiet in der Arbeitslosenstatistik obenan, wobei mehr als die Hälfte der registrierten Erwerbslosen Jugendliche sind. 25.000 Menschen haben in den letzten zehn Jahren die Region verlassen, auf der Suche nach Arbeit in anderen Teilen Frankreichs.

Auch das ist ein Bestandteil der staatlichen „Rettungsaktionen" für die Profite der Monopolherren: Ganze Gebiete, gerade diejenigen, in denen sich seit altersher das Industrieproletariat zusammenballt, verarmen, werden regelrecht ausgetrocknet und sinken zu Notstandsgebieten herab. Das ist in Nordfrankreich und Lothringen nicht anders als im Saarland oder in der belgischen Wallonie.

Die Kämpfe

Die französischen Werktätigen sind nicht bereit, den „Rettungsplan" der Stahlbarone, für den sie zahlen sollen, hinzunehmen. Das haben sie mehr als einmal unter Beweis gestellt. In der Stahlindustrie gab es nach den Aktionen vom 19. September einen Kampftag, an dem die Arbeit niedergelegt wurde, Streikposten vor den Werkstoren aufzogen. Und die Stahlwerker stehen nicht allein. Streiks und Massendemonstrationen gab es jetzt auch bei den Textilarbeitern in den Vogesen, bei den Werftarbeitern in den Mittelmeerstädten, letzte Woche bei den Eisenbahnern usw. Die Kosten für die Milliardengeschenke an die „maitres de forges" und andere Monopolherren spüren die französischen Werktätigen schon jetzt immer empfindlicher: Erhöhung der indirekten Steuern (Brennstoffe, Tabak, Fernsehen, Alkohol u. a.), Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen, eine Lohnsteuererhöhung und die Versteuerung des Krankengeldes sind angekündigt usw. usf.

Unter all diesen Umständen wächst der Haß auf die Bourgeoisie und ihren Staat, wächst die Kampfbereitschaft unter den Werktätigen. Militante Aktionen, wie die Werksbesetzungen bei Renault oder das Einsperren von Textilboß Willot durch streikende Arbeiterinnen, sind Zeichen dafür. Die französische Arbeiterklasse hat eine große Kampftradition. Man denke nur an die gewaltige Bewegung vom Mai 1968. Bei den Kämpfen der letzten Wochen und Monate hat sich wieder einmal gezeigt, daß die reaktionären Gewerkschaftsbonzen den Kollegen dabei in den Rücken fallen. Die Chefs der CGT — der größten von der revisionistischen KPF kontrollierten Gewerkschaft — zum Beispiel hetzen gegen militante Kampfformen wie Betriebsbesetzungen und Straßenblockaden als „Minderheitsaktionen". Sie wollen mit aller Macht die Streikbewegungen auf kleine begrenzte Warnstreiks zurückzerren. Aber es wäre nicht das erste Mal, daß ihnen die Kollegen einen Strich durch die Rechnung machen.

Kardinal Klemens August Graf von Galen

Der „Löwe von Münster" — Legende und Wahrheit

Dem „Löwen von Münster" wollten honorige Bürger dieser Stadt ein Denkmal setzen. Zu diesem Zweck bildeten sie eine Bürgerinitiative und engagierten einen berühmten Bildhauer aus Italien. Doch bald schon mußten sie ihn wieder von seinem Auftrag entbinden. Denn findige und moralische Bürger hatten aufgedeckt, daß dieser Mann „den italienischen Kommunisten geistig nahe stehe" und, der Gipfel der Unwürdigkeit für die Honoratioren der Domstadt, schon einmal nackte Menschen bildhauerisch dargestellt habe. Also sah man, durch den Schaden klug geworden, jetzt weniger auf die Berühmtheit als auf die reine Seele und beauftragte einen untadeligen, unbescholtenen, in der bürgerlichen Kunstwelt zwar unbedeutenden, dafür aber heimattreuen und einfältigen Bildhauer mit dieser großen Aufgabe.

Im Frühjahr dieses Jahres fand dann der Probelauf des „Löwendenkmals" auf dem ehrwürdigen Domplatz statt. Alles, was Rang und Namen hatte, vom Kulturausschuß bis hin zu den Hochwürdigkeiten des Klerus war zugegen, als ein aus Pappe gefertigtes Denkmalsmodell in 3,5 m Originalgröße auf Rollen über den kopfsteinbepflasterten Platz hin- und hergeschoben wurde, um den geeigneten Standort ausfindig zu machen. Leider hielt dabei der Pappkopf den Belastungen nicht stand und plumpste, entgegen dem zeremoniellen Protokoll, aber im Einklang mit den Schwerkraftgesetzen, zu Boden...

Am Samstag, den 23. 9. wurde das Denkmal, nun in festgefügter Bronze, auf einem ruhigen Plätzchen des Domhinterhofes enthüllt — inmitten von herrlichen Bäumen, die auf die Dauer das ihrige tun werden, um den Bronzeblock den Blicken der Ungläubigen zu entziehen.

Nun wird sich der Leser gewiß schon fragen, wer denn dieser von den Honoratioren der Domstadt so geschätzte „Löwe von Münster" ist. Die Legende nennt ihn, den Kardinal Klemens August Graf von Galen, einen entschiedenen Kämpfer in der Arena des Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus. Und als solcher wird er auch heute von der Kirche, von Presse, Stadt und Schulbuchautoren geehrt.

Die Geschichte kennt ihn etwas anders. Als einen Mann, der sich zwar gegen die Beschlagnahme von Kirchengütern und gegen Euthanasie wandte, ansonsten aber seine Pflichten als Kirchenfürst kannte. So erklärte der Kardinal am 23. 9. 1934 in Recklinghausen, dem damaligen Sitz der Gestapoleitstelle für den Regierungsbezirk Münster, in der Hunderte Antifaschisten mißhandelt und anschließend für ihre „umstürzlerische Gesinnung" in Zuchthäuser und KZs transportiert wurden:

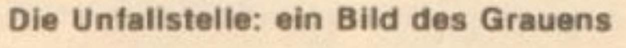
„... Nein, wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt! Wir würden ja unsere Grundsätze verleugnen, die Lehre der Kirche seit Apostelzeiten mißachten, welche uns sagt, daß die obrigkeitliche Gewalt von Gott ausgeht; und daß, wer sich ihr widersetzt, sich der Anordnung Gottes widersetzt. Darum haben die deutschen Bischöfe unmittelbar nach der Umwälzung des Jahres 1933 ausgesprochen: ‚Für die katholischen Christen, denen die Stimme der Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens' (...) Treu deutsch sind wir, wir sind auch treu katholisch."*

Diese „treu-deutsche-Haltung" von Galens sollte sich erst im Verlaufe des zweiten Weltkrieges ändern. Dann nämlich, als unter dem Eindruck der Siege der Roten Armee Stalins, nicht nur von Galen, sondern auch andere weitsichtige Vertreter von Wehrmacht, Industrie und Handel erkannten, daß sie rechtzeitig das Pferd wechseln mußten, wenn sie die „von Gott ausgehende obrigkeitliche Gewalt" Hitler in Amt und Würden überleben wollten. Und wie viele andere aus großbürgerlichen Kreisen auch suchte und fand von Galen ein Sprungbrett, um für den Untergang des „Dritten Reiches" und den Start ins „Vierte Reich" gerüstet zu sein.

Und für diesen Mann werden heute Hunderttausende ausgegeben, während Verfolgte und Widerstandskämpfer gegen den Naziterror teilweise von ein paar hundert Mark Sozialfürsorge leben müssen! Es ist deshalb sehr begrüßenswert, daß der Freidenkerverband von Münster die Denkmalseinweihung für den Kardinal zum Anlaß nahm, nicht nur dessen wirkliches Verhalten im Hitler-Faschismus aufzudecken, sondern gleichzeitig an die zahllosen, namenlosen Antifaschisten aus Münster zu erinnern und zu fordern, daß man für sie, an deren Opfer und Kampf kein Mahnmal erinnert, eine antifaschistische Gedenktafel anbringt.

* Näheres dazu in „Der Kardinal und das Dritte Reich", von R. Schmidt, erhältlich über den Freidenkerverband.





Die Unfallstelle: ein Bild des Grauens



Am Tag nach dem Unfall: Erregt diskutieren Bürger vor dem „angesengten" Haus.

Militärtankerexplosion bringt zwei Menschen den Tod

Steinbach ist eine kleine Gemeinde in Hessen. Schon zu normalen Zeiten vermögen die engen, winkeligen Gassen den Verkehrsstrom, der sich durch den Ortskern wälzt, kaum zu fassen. Als dann im September — zur Zeit des Manövers „Certain Shield" — zusätzlich noch Militärfahrzeuge über die Straßen ratterten, kam es zur Katastrophe.

Ein US-Militärlastwagen, beladen mit 2.000 Litern Benzin, geriet auf die Gegenfahrbahn, prallte dort mit einem PKW zusammen und drückte ihn an die Hauswand. Der Tanker selbst kippte um, das Benzin lief aus, sickerte in die Kanalisation und geriet in Brand. Sofort standen 200 Meter Straße in Flammen. Zwei der Insassen des PKW, eine Frau und ein Kind kamen um, vier Häuser wurden durch die Hitze zum Teil erheblich beschädigt.

Die Unfallursache? Nach ihr wird — wie üblich — „gründlich gesucht". Die Verantwortlichen? Wie man der örtlichen Presse entnehmen kann, will man — wieder einmal! — allein den Fahrer des Lastzugs für die Katastrophe verantwortlich machen. Aber in diesem Fall ist die Frage der Verantwortung sehr einfach zu beantworten. Sogar schon bevor geklärt ist, ob der US-Tanker allen Sicherheitsvorschriften entsprach. Denn wer einen LKW mit so gefährlicher Ladung durch eine Ortschaft jagt, der kalkuliert Unfälle und Katastrophen mit ein!

Und das gilt im übrigen nicht nur für Militärtransporter mit explosiver Ladung. Das gilt genauso für Panzer. Drei Menschen wurden allein in diesem Jahr von Panzern, die durch Ortschaften rasselten, grausam zermalmt. Eine 32jährige Frau in Donau-Ries, ein kleiner Junge in Niedersachsen und ein alter Mann in Süddeutschland. Dazu kommt eine unbekannte Zahl von Werktätigen, die Opfer von Verkehrsunfällen mit Manöverfahrzeugen wurden.

Soll es in jedem Jahr so weitergehen? Nur weil den NATO-Generälen die Tausende von Quadratkilometern, die sie als Truppenübungsgelände in Besitz genommen haben, immer noch nicht reichen? Weil sie jedes Jahr mit noch mehr Soldaten und Militärfahrzeugen, noch „realistischer" den Krieg proben wollen? Sogar die aggressive Hitlerarmee beschränkte sich bei ihren Kriegsübungen auf militärische Gelände!

Fordern wir deshalb: Kein Manöververkehr in geschlossenen Ortschaften! Beschränkung der Manöver auf das vorhandene Übungsgelände Schluß mit dem Manöverterror!

Menschen, Tiere und eine taube Nuß



Das Schatzkästlein der Philosophie ist kürzlich von Josef Ertl, dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, um einige tiefschürfende Betrachtungen erweitert worden. Denn anläßlich des „Welttierschutztages 78" stellte Ertl *„die im Grunde alte und wohl niemals endgültig zu beantwortende Frage nach der richtigen Behandlung des Tieres"*. Dabei konstatierte er ein *„Spannungsverhältnis"* zwischen dem *„Gebot, Tiere zu schützen"*, und dem *„Anspruch, Tiere zu nutzen"*, und forderte den *„wohlausgewogenen Kompromiß zwischen den Belangen des Tieres und den Interessen des Menschen"*. *„Gerade in der Mensch-Tier-Beziehung"* — schlußfolgerte Ertl — *„öffnet sich ein weiter, ideal angelegter und von gesetzlichen Regelungen kaum erfaßter Bereich, der frei für eigene Entscheidungen ist. ... Dieser Breich muß durch die regelnde Kraft sittlich begründeter Wertvorstellungen maßgeblich mitgestaltet werden."*

Den Ausführungen des Herrn Ministers ist nichts hinzuzufügen. Sie vermitteln dem Staatsbürger das beruhigende Gefühl, daß an verantwortlicher Stelle berufene Köpfe sich mit ethischen Fragen, die der Alltag aufwirft, befassen und sie in philosophisch vollendeter Form lösen. Mit Spannung wird nun — anläßlich des bevorstehenden „Weltpflanzenschutztages" — eine klärende Äußerung Ertls zum Problem des Mißbrauchs von Pflanzennamen erwartet. Denn dieser Mißbrauch greift immer weiter um sich und hat selbst vor dem Herrn Minister nicht haltgemacht. Überwollende Zungen nämlich bezeichnen Ertl — völlig ungerechtfertigt, wie obige Zitate beweisen — als „taube Nuß".

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN,** Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr

2400 **LÜBECK,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER,** Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/260 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.